

Mitteilung des Senats vom 24. September 2002

„Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln“

Handlungsprogramm 1999 – 2004

„Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“

Stand der Umsetzung der Programme (Juni 2002)

Der Senat hat in seiner Sitzung am 24. September 2002 den beigefügten Bericht der Verwaltung zur Kenntnis genommen und beschlossen, ihn mit der Bitte um Kenntnisnahme an die Stadtbürgerschaft weiterzuleiten.

Die Deputation für Soziales, Jugend und Senioren hat in der Sitzung am 28. August 2002 die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Die Deputation für Bau hat in der Sitzung am 12. September 2002 die Vorlage zur Kenntnis genommen.

„Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln“

Handlungsprogramm 1999 – 2004

„Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“

Stand der Umsetzung der Programme (Juni 2002)

Inhalt	Seite
I. Programmbeschreibung	2
I.1 Einführung	2
I.2 Zielsetzung	3
I.3 Handlungsfelder	3
I.4 Gebiete/Gebietszuschnitte	4
I.5 Finanzierung des WiN-Programms	4
I.6 Organisation	5
I.7 Laufzeit	6
II. Programmablauf und Finanzierungsübersicht bis Mitte 2002	6
II.1 Gebietsbeschreibungen	6
II.1.1 Gebietsübersicht	8
II.1.2 Blockdick	9
II.1.3 Grohner Düne	11
II.1.4 Gröpelingen	14
II.1.5 Hemelingen	16
II.1.6 Kattenturm	18

II.1.7	Lüssum-Bockhorn	21
II.1.8	Marßel	24
II.1.9	Neue Vahr	27
II.1.10	Osterholz-Tenever	29
II.1.11	Sodenmatt/Kirchhuchting	32
II.2	Finanzierungsübersicht	35
II.2.1	Grundfinanzierung und Ergänzungsfinanzierung	35
II.2.2	Finanzierung nach Gebieten	35
II.2.3	Bewilligte Anträge nach Handlungsfeldern Programme „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ und „Soziale Stadt“	36
II.2.4	Mittelherkunft der Grundfinanzierung im Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“	38
III.	Zwischenbewertung und Empfehlungen für eine Programmfortschreibung	38
III.0	Vorbemerkung	38
III.1	Gebietsauswahl	39
III.2	Gebietszuschnitte	40
III.3	Handlungsfelder	40
III.4	Organisation – lokale Ebene	41
III.5	Finanzielle Ausstattung der Programmgebiete	41
III.6	Förderhöchstdauer	42
III.7	Personalkapazität auf Ressortebene	42
III.8	Evaluation	43
III.9	Zusammenfassung der Empfehlungen für die Programmfortschreibung und die Evaluation	44

I. Programmbeschreibung

I.1 Einführung

1983 wurden erstmalig Maßnahmen zur Verbesserung von Großsiedlungen in der Stadtgemeinde Bremen in Kooperation mit Wohnungsunternehmen in die Wege geleitet. Im September 1989 hat der Senat im Schwerpunktbereich „Solidarisches Zusammenleben“ die „Umsetzung von Nachbesserungskonzepten in Großsiedlungen“ für fünf ausgewählte Gebiete (Osterholz-Tenever, Marßel, Lüssum, Kattenturm, Kirchhuchting) mit dem Einsatz entsprechender Personalkapazitäten beschlossen.

Schon damals war das Konzept der „Nachbesserung von benachteiligten Wohnquartieren“ unter Federführung des Bausenators Bestandteil einer ressortübergreifenden sozialen Stadtentwicklungspolitik.

Ende der neunziger Jahre wurden die positiven Erfahrungen aus diesem gezielt ausgerichteten Stadterneuerungsverfahren sowie des erprobten ressortübergreifenden Handlungsansatzes zur Weiterentwicklung von Handlungsstrategien genutzt. Sie dienten als Grundlage zur Erarbeitung eines erweiterten Handlungskonzeptes der Quartiers- und Stadtteilentwicklung in zehn ausgewählten Stadtgebieten.

Das 1998 vorgelegte Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln“ ist Teil einer langfristig angelegten, integrierten Stadtentwicklungspolitik für die Stadtgemeinde Bremen und wird von allen Senatsressorts getragen. Dieses in ressortübergreifender Trägerschaft vom Senat am 8. Dezember 1998 beschlossene Programm ist zunächst auf den Zeitraum von 1999 bis 2004 befristet. Die Stadtbürgerschaft hat sich in ihrer Sitzung am 23. März 1999 mit dem Programm befasst und die Mitteilung des Senats zur Kenntnis genommen.

Grundlage war ein unter Beteiligung des Senators für Bau und Umwelt, des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, des Senators für Bildung und Wissenschaft, des Senators für Inneres, Kultur und Sport, des Senators für Justiz und Verfassung sowie des Senators für Wirtschaft und Häfen erarbeitetes Konzept, in dessen Vordergrund das Leitbild einer Quartiersentwicklung und Stützung von Nachbarschaften in enger Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern, kommunaler Politik und Verwaltung steht.

Die Ministerkonferenz der ARGEBAU hatte bereits am 19. November 1996 in Potsdam die Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ beschlossen, um der drohenden Polarisierung in den Städten Einhalt zu gebieten. Im Rahmen der Ausgestaltung des Beschlusses hat die Bundesregierung die Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ zum Anlass genommen, die Städtebauförderung ab 1999 um das eigenständige neue Bund-Länderprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ zu ergänzen.

Aufgrund der in vielen Bereichen identischen Zielsetzungen der Programme WiN und Soziale Stadt ist in Bremen frühzeitig eine Verknüpfung beider Programme angestrebt worden, um möglichst große Synergieeffekte zu erzielen.

Im Rahmen der Aufstellung des Landesprogramms „Soziale Stadt“ 1999 hat das Land Bremen für die Stadtgemeinde Bremen die zehn WiN-Gebiete und für die Stadt Bremerhaven das Gebiet „Wulfsdorf-Ringstraße“ aufgenommen. Im Gegensatz zum Programm WiN sind nach der zwischen dem Bund und den Ländern abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes die Fördergebiete räumlich abzugrenzen. Die Baudeputation hat in ihrer Sitzung am 11. November 1999 den vorgeschlagenen Abgrenzungen sowie der Anmeldung der Gebiete beim Bund zugestimmt.

I.2 Zielsetzung

Die unterschiedlichen Entwicklungen von städtischen Quartieren mit der Gefahr einer räumlichen Polarisierung der Lebensbedingungen und „Spaltung der städtischen Gesellschaft“ erfordert vor dem Hintergrund der sektoralen fachpolitischen Zuständigkeiten und der knappen öffentlichen Mittel eine Verknüpfung der verschiedenen Handlungsansätze der Ressorts und ermöglicht damit einen wirksamen Einsatz der vorhandenen Mittel. Dabei müssen Leitgedanken und Zielsetzungen eines quartiersbezogenen Handlungsprogramms für die Stadt Bremen an Vorgaben orientiert sein, die auf eine positive Dynamik zielen und auf eine Bündelung der lokalen Kräfte und die Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner setzen.

Diesen Ansätzen entsprechend steht das Programm unter folgenden Zielvorgaben (vgl. Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft vom 8. Dezember 1998, S. 9):

- alltägliche Wohn- und Lebensbedingungen in den Quartieren zu verbessern, unter Berücksichtigung der spezifischen Belange, z. B. von jungen Menschen und Frauen;
- das Engagement und die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der Quartiersentwicklung und ihre aktive Mitarbeit an Vorhaben und Projekten durch Mitwirkungsrechte, z. B. in „Lokalen Foren“ zu fördern, zu unterstützen; offene und wirksame Beteiligungsformen sollen dabei in einem engen Zusammenwirken der verantwortlichen Partner und Gremien auf der lokalen Ebene ermöglicht werden;
- die zielorientierte, organisationsübergreifende Zusammenarbeit der lokalen und regional zuständigen Partner durch die Festlegung von Handlungsfeldern und das Prinzip der Ergänzungsfinanzierung von einzelnen Vorhaben/Projekten zu unterstützen;
- einen „Wettbewerb“ der Ideen, Konzepte und die Stärkung der Eigeninitiative zu fördern;
- einen wirksamen Einsatz von Mitteln durch die Bündelung von personellen und finanziellen Ressourcen von lokalen und/oder regionalen Initiativen, Trägern, Wohnungsbaugesellschaften, Einrichtungen und Diensten zur Realisierung von einzelnen Vorhaben zu erreichen;
- einen Anstoß von Investitionen Dritter, z. B. privater Eigentümer, und damit einen Multiplikatoreffekt der eingesetzten öffentlichen Mittel zu erzielen.

I.3 Handlungsfelder

Die Festlegung der Handlungsfelder als inhaltlich-fachliche Arbeitsgrundlagen des Programms WiN orientierte sich nicht an den Zuständigkeiten der Ressorts, sondern an übergreifenden stadtteil- und umfeldbezogenen Lebenslagen oder Defiziten in den WiN-Gebieten.

Die derzeitigen sechs Handlungsfelder beziehen sich auf die Aktionsbereiche:

1. Wohnungsbestand und Neubau,
2. Städtebau,
3. wirtschaftliche Effekte und regionale Ökonomie,
4. Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung,
5. gemeinwesenbezogene Prävention und Integration sowie
6. soziale, kulturelle Netzwerke/Förderung von Eigeninitiative und Selbstorganisation.

Gefördert werden mit dem Programm WiN zusätzliche Vorhaben und Projekte – nicht Regelaufgaben oder Einzelfallaufgaben, z. B. von sozialen Diensten –, die in die Entwicklung der Quartiere eingebunden und an den jeweiligen lokalen Bedingungen und Handlungsmöglichkeiten orientiert sind.

I.4 Gebiete/Gebietszuschnitte

Für die Auswahl der WiN-Gebiete wurden quantitative und qualitative Kriterien zur sozialen, städtebaulichen und wirtschaftlichen Situation zugrunde gelegt. Sie basieren auf Untersuchungen im Rahmen von Sanierungsvorhaben, auf Auswertungen von laufenden Nachbesserungsprojekten in Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus der 60er und 70er Jahre und auf ressortbezogenen Erhebungen, Problembeschreibungen und -analysen.

Folgende Einzelmerkmale sind bei der Gebietsauswahl berücksichtigt worden:

- Sozialhilfedichte und Arbeitslosigkeit/Abhängigkeit von Transfereinkommen,
- Wohnungsangebot und Situation im Sozialen Wohnungsbau/Funktionsschwächen im Stadtgefüge,
- Stabilität der Bewohnerstruktur/Fluktuation,
- besondere Belastungen durch gewaltsame Konflikte, Kriminalität, Vandalismus,
- spezifische Problemlagen von Gruppen, wie z. B. alleinerziehende Frauen, Kinder und Jugendliche, ethnische Minderheiten, Migrantinnen und Migranten,
- Qualität des sozialen, kulturellen, bildungs- und freizeitbezogenen Infrastrukturangebots,
- Nutzungsqualität des öffentlichen und privaten Freiraums, der Grün- und Spielflächen.

Unter Berücksichtigung dieser Kriterien sind die nachstehenden Gebiete für das Programm WiN ausgewählt worden:

- Blockdiek,
- Grohner Düne,
- Gröpelingen,
- Hemelingen,
- Kattenturm,
- Lüssum-Bockhorn,
- Marßel,
- Osterholz-Tenever,
- Sodenmatt/Kirchhuchting,
- Neue Vahr.

Innerhalb der zehn WiN-Gebiete, die zu Programmbeginn mit einem „Zirkelschlag“ räumlich definiert wurden, ist die Förderung von Projekten möglich.

Die Förderung von Vorhaben außerhalb eines WiN-Gebietes ist möglich, wenn der Bezug zu den Bewohnern und Bewohnerinnen des Gebiets gegeben ist.

In Gröpelingen wurden die drei Ortsteile Gröpelingen, Lindenhof und Ohlenhof als „Soziale Stadt“-Gebiet festgelegt. Ursprünglich wurde das förmlich festgelegte Sanierungsgebiet in diesem Stadtteil durch die Programme – „WiN“ und „Soziale Stadt“ – unterstützt. Es zeigte sich, dass die guten Ergebnisse der bisher zehnjährigen Sanierung eine Fokussierung der Programmmittel auf das Gebiet – Stuhmer Straße, Barenburg/Klitzenburg, Marienwerder/Kulmer Straße – ermöglichte.

Diese weiterentwickelte Programmausgestaltung sieht vor, dass zwar weiterhin die drei oben genannten Ortsteile Bezugspunkt für die Programme sind, dass aber auf der Grundlage eines Beschlusses des Ortsteilbeirates die Akteure im „WiN/Soziale Stadt“-Gebiet sich mit den beförderten Projekten ausschließlich auf das Fokusgebiet im Norden Gröpelingens beziehen.

Für das Bundesprogramm zur Förderung von „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ ist eine Förderung nur in den durch Deputationsbeschluss festgelegten Gebieten möglich.

I.5 Finanzierung des WiN-Programms

Die gebietsbezogenen Einzelmaßnahmen des WiN-Programms werden mit bis zu 50 % der Gesamtkosten gefördert (Ergänzungsfinanzierung), wenn die so genannte Grundfinanzierung sichergestellt ist.

Grundfinanzierung:

Für einzelne Vorhaben/Projekte stellen die Ämter, Initiativen oder Träger Personal- und Sachmittel zur Verfügung; Spenden, Mittel von Stiftungen und Eigenmittel von projektbezogenen Partnern (z. B. Wohnungsbaugesellschaften) sind als Grundfinanzierung einsetzbar.

Für das Einzelprojekt eingeworbene Stellen aus Mitteln des Arbeitsamtes (z. B. ABM- oder SAM-Stellen) oder nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG-§-19-Stellen) können auf die Grundfinanzierung angerechnet werden. Projektbezogene Personalkapazitäten (z. B. Einsatz von Fachkräften) und ehrenamtliche Aktivitäten sind ebenfalls anrechenbar.

Ergänzungsfinanzierung WiN:

Für einzelne Vorhaben/Projekte werden Ergänzungsmittel des Programms WiN maximal bis zur Höhe von 50 % der Gesamtkosten als Zuschuss auf Antrag des Projektträgers durch die lokalen Foren beschossen. Die Ergänzungsmittel WiN können sowohl investiv als auch konsumtiv eingesetzt werden.

Für die zehn WiN-Gebiete stehen jährlich ca. 1,5 Mio. € Ergänzungsfinanzierung zur Verfügung. Bei einer Grundfinanzierung von mindestens ebenfalls 1,5 Mio. € sind damit während der Laufzeit des Programms von sechs Jahren insgesamt 18 Mio. € vorgesehen, pro Gebiet rund 1,8 Mio. €. Die Aufteilung soll so erfolgen, dass dieser Betrag nach Ablauf des Programms WiN für jedes Gebiet eingesetzt worden ist.

Finanzierung des Programmes Soziale Stadt:

Aus dem Bundesprogramm zur Förderung von „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ stehen bis einschließlich Programmjahr 2002 für die zehn Gebiete in der Stadtgemeinde Bremen rd. 1,95 Mio. € Finanzhilfen zur Verfügung.

Die Bundesfinanzhilfen sind mit zwei Drittel Gemeindemitteln zu komplementieren. Es wird angestrebt, die Fördermittel möglichst auf alle zehn Gebiete gleichmäßig aufzuteilen.

Aus dem Bundesprogramm können im Gegensatz zum Programm „WiN“ nur rein investive Maßnahmen finanziert werden.

Durch die Verknüpfung der beiden Programme bietet sich in Bremen im Gegensatz zu den anderen Ländern die Möglichkeit, rein investive Maßnahmen durch konsumtive zu ergänzen, um so beispielsweise nach dem Bau einer Einrichtung auch deren Betrieb zumindest in der Anfangsphase zu ermöglichen.

Maßnahmen aus diesem Programm können bis zu 100 % finanziert werden.

I.6 Organisation

Die Kommunikations- und Kooperationsformen auf der lokalen und zentralen Ebene sind an den Zielsetzungen des Handlungskonzeptes orientiert und werden in der Praxis auf Effektivität und Funktionalität bewertet und gegebenenfalls verändert und verbessert.

Lokale Ebene:

Die Formen der Bewohnerbeteiligung – öffentliche Diskussion von gebietsbezogenen Vorhaben, Einfluss- und Mitentscheidungsrechte von engagierten Bürgern und Bürgerinnen – sind auf der lokalen Ebene durch die „Lokalen Foren/Stadtteilgruppen“ nun in allen zehn WiN-Gebieten erfolgreich abgesichert.

Vertreten in den lokalen Foren sind die Bewohner/-innen, Fachkräfte der Sozialen Einrichtungen, Vertreter der Initiativen und Vereine, der Eigentümer und Wohnungsverwaltungen und der kommunalpolitischen Ebene – Ortsamt/Stadtteilbeiräte.

In diesen Foren werden in öffentlichen Sitzungen im Gebiet die vorgeschlagenen Projekte diskutiert und im Konsens über die Vergabe des „WiN-Gütesiegels“ – dem positiven Votum für die Durchführung eines Projektes – entschieden. Dieses Votum der lokalen Gremien ist Voraussetzung für die abschließende Vergabe der WiN-Förderungsmittel (Ergänzungsfinanzierung) durch die „Ressortübergreifende Arbeitsgruppe WiN“. Mehrjährige Projekte müssen jedes Jahr neu beantragt werden.

Die Aufgabe des Quartiersmanagements und Geschäftsführung/Moderation der „Lokalen Foren/Stadtteilgruppen“ wird von WiN-Koordinatoren in den WiN-Gebieten wahrgenommen.

Zielsetzung der Funktion des Quartiersmanagements ist in erster Linie, Bürgerinnen und Bürger zu aktivieren und im Rahmen eines ganzheitlichen Gebietsentwicklungskonzeptes die organisationsübergreifende Projektentwicklung und Förderung der lokalen Zusammenarbeit – Bündelung der Ideen und Ressourcen – zu unterstützen. Maßnahmenbezogene Partnerschaften, vor allem mit den privaten Wohnungsunternehmen oder in Zusammenarbeit mit lokalen Einzelhändlern und Firmen ermöglichen eine Integration von Zielsetzungen der Quartiersentwicklung und eine Nutzung der vorhandenen Ressourcen für einzelne Vorhaben und Projekte.

Um diese komplexe Aufgabe fachgerecht leisten und begleiten zu können, sind zur personellen Absicherung eines zielgerichteten Quartiersmanagements Fachkräfte aus dem Sozialressort sowie für die stadtplanerischen und architektonischen Belange Fachkräfte aus dem Bauressort erforderlich. Diese erforderliche Kombination ließ sich personell in einzelnen Gebieten nicht sicherstellen. Lediglich in Osterholz-Tenever konnte diese Personalstruktur aus der Nachbesserung überführt werden. In Blockdiek ist im Auftrag des Amtes für Wohnung und Städtebauförderung ein externes Büro mit der Aufgabewahrnehmung beauftragt. In den verbleibenden acht anderen Gebieten ist jeweils nur eine Fachkraft des Amtes für Soziale Dienste beschäftigt.

Zurzeit ist mit dieser personellen Ausstattung das Quartiersmanagement zwar in allen Gebieten gesichert, dennoch muss darauf verwiesen werden, dass es sich dabei auch um unterschiedliche Stundenumfänge handelt. Weiterhin ist anzustreben, dass in allen Gebieten eine Fachkompetenz beider Fachbereiche für das Quartiersmanagement zur Verfügung steht.

Zentrale Ebene:

Zur Steuerung und Umsetzung des Programms bilden die sechs beteiligten Ressorts

- Senator für Bau und Umwelt,
- Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales,
- Senator für Bildung und Wissenschaft,
- Senator für Inneres, Kultur und Sport,
- Senator für Justiz und Verfassung,
- Senator für Wirtschaft und Häfen

unter Beteiligung der Senatskanzlei, des Senators für Finanzen sowie der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau eine „Ressortübergreifende Arbeitsgruppe WiN“, die – auf der Grundlage des erteilten „WiN-Gütesiegels“ durch die lokalen Foren – abschließend über die Vergabe der Förderungsmittel auf Einzelantrag entscheidet.

Der „Ressortübergreifenden Arbeitsgruppe WiN“ ist eine von den federführenden Ressorts Bau und Umwelt sowie Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales personell getragene Geschäftsführung WiN zugeordnet. Die WiN-Geschäftsführung bearbeitet Grundsatzfragen und bereitet die Entscheidungen der „Ressortübergreifenden Arbeitsgruppe WiN“ über die Förderungsanträge vor. Bei der Entwicklung größerer Projekte werden die Mitarbeiter/-innen der Geschäftsführung beratend hinzugezogen. Die Geschäftsführung ist zudem verantwortlich für das gebietsübergreifende finanzielle Controlling, die Erteilung der Bewilligungsbescheide und die verwaltungsmäßige Abwicklung des Programms WiN.

Die „Ressortübergreifende Arbeitsgruppe WiN“ wird laufend über die Fördermaßnahmen aus dem Programm „Soziale Stadt“ informiert.

I.7 Laufzeit

Programm WiN:

Das Programm „WiN“ läuft 2002 im vierten Programmjahr. Die Gesamtlaufzeit des Programms ist auf sechs Jahre bis einschließlich 2004 angelegt worden.

Soziale Stadt:

Das Programm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ wurde 1999 initiiert. Die zur Verfügung stehenden Mittel werden nach einem jährlich neu zu berechnenden Schlüssel an die Länder verteilt.

II. Programmablauf bis Mitte 2002

II.1 Gebietsbeschreibungen

Der folgende Teil gibt einen Überblick über Ausgangslage, Entwicklung und aktuelle Situation in den Programmgebieten.

Die Berichte wurden von den WiN-Koordinatoren verfasst. Ziel war es, einen kurzen anschaulichen Überblick zur Situation in den Gebieten zu geben. Eine besondere Schwierigkeit lag in der Anforderung, aus den mittlerweile weit über 400 Projekten eine Auswahl zu treffen und darzustellen.

Die Einschätzungen zur Wirkung der Programme sind für diejenigen, die vor Ort die Prozesse initiieren und zusammenführen nur ansatzweise möglich.

Dennoch wurde darauf nicht verzichtet, da es das Anliegen dieses Zwischenberichtes ist, auch erste Hinweise auf Veränderungen darzulegen.

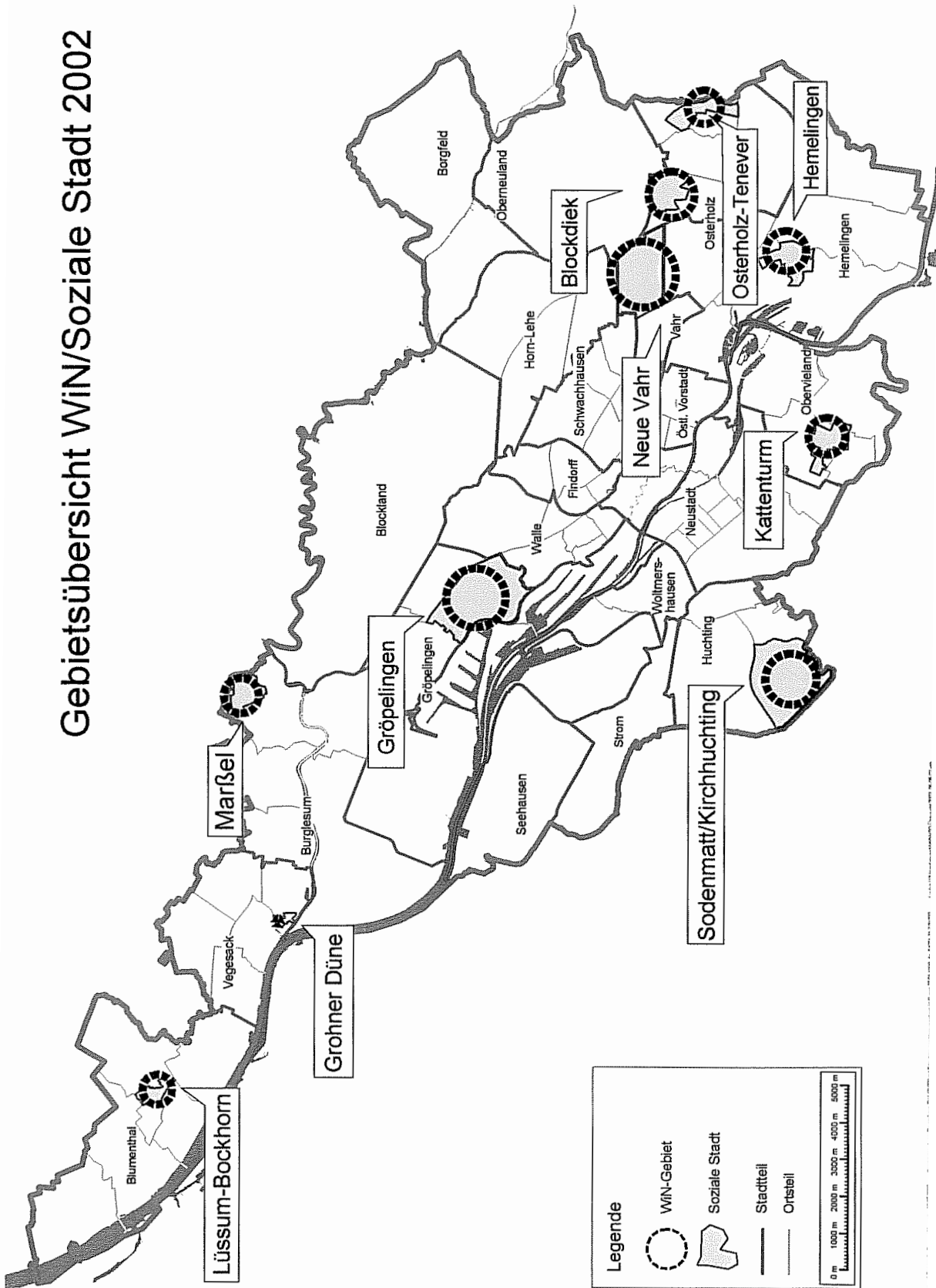
Den Berichten vorangestellt ist ein Übersichtsplan mit allen Gebieten, entsprechende Detailkartenausschnitte stehen den jeweiligen Berichten voran. Die Kreise stellen dabei WiN-Gebiete dar; die grau gekennzeichneten Flächen die Gebiete des Programmes Soziale Stadt.

Zudem geben demographische und sozialräumliche Daten Aufschluss über den Stand des Jahres 1999 als Ausgangswerte bei Einführung der Programme.

Neuere Daten (Ausnahme Arbeitslosenziffer) sind derzeit nicht verfügbar. Nur teilweise sind Daten für die nach Straßen abgegrenzten „Soziale Stadt“-Gebiete vorhanden, sodass die wesentliche Datenbezugsgröße die jeweiligen Ortsteile sind, in denen sich die Programmgebiete befinden. Auf dieser Ebene war die Arbeitslosenquote nicht ermittelbar, daher wird auf die Arbeitslosenziffer ¹⁾ zurückgegriffen.

1) Die amtliche Arbeitslosenquote ist als Anteil der Arbeitslosen an der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zuzüglich der geringfügig Beschäftigten, Beamte sowie Arbeitslose definiert. Die Bezugsgröße für die „Arbeitslosenziffer“ ist also um die Zahl der geringfügig Beschäftigten und Beamten kleiner als die „Arbeitslosenquote“. Die Berechnung einer der amtlichen Arbeitslosenquote entsprechenden Bezugsgröße für Ortsteile ist nicht möglich, da kleinräumige Angaben über Beamte und geringfügig Beschäftigte nicht vorliegen.

Gebietsübersicht WiN/Soziale Stadt 2002



II.1.2

Projektgebiet

Blockdiek

Projektkoordination:

team 2

Diana Lemmen

Renate Viets



Demographische und sozialräumliche Merkmale Blockdiek

	Soziale Stadt-Gebiet Blockdiek	Ortsteil Blockdiek	Bremen-Stadt
Größe in ha	90,9	121	32663
Einwohnerzahl (12/1999)	7369	7421	540330
Bevölkerungsverlust (1995–1999)		3,8 %	1,6 %
Durchschnittliche Haushaltsgröße (12/1999)		2,3 Personen	1,9 Personen
Anzahl der Wohnungen (12/1999)		3266	281204
Arbeitslosenziffer (06/2000)		23,1 %	15,6 %
Anteil der Sozialhilfeempfänger		17,0 %	9,5 %
Anteil der ausländischen Bevölkerung (12/1999)	22,1 %	22,0 %	12,3 %
Anteil der unter 18-jährigen	20,6 %	20,2 %	16,5 %
Anteil der über 60-jährigen	22,5 %	22,3 %	25,1 %

Quelle: StaLa Bremen und eigene Berechnungen

1. Ausgangslage

Die Großsiedlung Blockdiek ist ein in den 60er Jahren entstandener Ortsteil mit ca. 1500 Wohneinheiten (WE) in drei- bis viergeschossigen Gebäuden. Weitere 1250 WE befinden sich in 13 Hochhäusern. Aus Sicht der 90er Jahre bestand ein Instandhaltungsstau an den Gebäuden und ein städtebaulicher sowie infrastruktureller Nachbesserungsbedarf. Die Anordnung der Gebäude, die den städtebaulichen Leitgedanken der damaligen Zeit folgt, haben uneindeutige Vorder- und Rückseiten. Die Grünflächen zwischen den Gebäuden waren „Restflächen“ und kaum genutzt. Die Hauptstraßen und die Straßenbahntrasse bildeten Barrieren und trennten Nachbarschaften voneinander. Die Gemeinbedarfsfläche (grüne Mitte) an der Düsseldorfer Straße konnte ihrer Funktion nicht gerecht werden. Außer einigen wenigen gastronomischen Einrichtungen im Einkaufszentrum gab es nur eine Begegnungsstätte vornehmlich für ältere Menschen im Quartier.

Das Verhältnis zwischen deutschen und ausländischen Bewohnern ist nicht auffällig. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. In der Altersgruppe der 3- bis 18-Jährigen ist der Ausländeranteil besonders hoch. An bedarfsbezogenen Freizeit- und kulturellen Angeboten für die einzelnen Zielgruppen bestand ebenso ein Mangel wie an sozialen Beratungsangeboten und Anlaufstellen.

Zwischenbilanz WiN/Soziale Stadt

Durch die in den vergangenen vier Jahren realisierten Einzelvorhaben konnte ein Großteil der Defizite ausgeglichen werden. Sie wurden in enger Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort entwickelt und umgesetzt und erfahren dadurch eine hohe Akzeptanz. Schwerpunkte lagen zunächst im Bereich der Wohnumfeldverbesserung. In den vergangenen zwei Jahren sind zusätzliche Treffpunkte im Quartier entstanden. Es besteht aber immer noch ein deutlicher Handlungsbedarf für Verbesserungen vor allem im Hinblick auf den Ausbau kultureller Angebote. Es gibt bereits eine Reihe von Ideen, die in nächster

Zeit umgesetzt werden. Den Blockdiekern ist zudem an einer Image-Aufwertung gelegen. Dieses Thema wird ebenfalls einen Schwerpunkt der weiteren Arbeit bilden.

2. Bewohnerbeteiligung

Beschlüsse über die Ziele der Nachbesserung sowie Förderung und Umsetzung von Einzelprojekten werden in den ca. alle zwei Monate stattfindenden öffentlichen Sitzungen des Forums Blockdiek gefasst. Zu diesen Sitzungen wird per Brief, Aushang und Pressenotiz eingeladen. Im Schnitt nehmen 45 bis 50 Personen an den Sitzungen teil. Neben Bewohnern kommen auch Vertreter von Einrichtungen und Unternehmen, die vor Ort angesiedelt sind. Das Quartiersmanagement wird von team 2, einem externen Planungsbüro, im Auftrag der Stadtgemeinde Bremen wahrgenommen.

In themenbezogenen Arbeitsgruppen arbeiten Bewohner eng mit team 2 zusammen und bereiten Einzelprojekte gemeinsam vor, die dann im Forum vorgestellt, erörtert und nach dem Konsensprinzip beschlossen werden. Zurzeit gibt es sechs aktive Arbeitsgruppen zu den Themen „Spiel- und Freiflächen“, „Grünflächen/Achterdieksee“, „Kinder- und Jugendfonds“, „AK Jugend“, „multifunktionale Räume“ und „Image-Arbeit“.

Über diese Formen der Beteiligung hinaus werden Bewohner bei Einzelvorhaben zu haus- oder hofbezogenen Gesprächen eingeladen, die sie unmittelbar als Mieter/Eigentümer oder Anwohner betreffen. Ein großes freiwilliges Engagement der Bewohner zeigt sich zusätzlich bei Quartiersfesten und Einweihungsfeiern.

3. Kooperation

Kooperationspartner sind neben den Bewohnern alle vor Ort angesiedelten Einrichtungen und Unternehmen sowie Vereine und Initiativen. Das Spektrum ist breit. Aufgrund der in Blockdiek durchgeführten Partizipation sind Kooperationen zwischen sozialen Einrichtungen und gemeinsam mit Unternehmen möglich geworden, die üblicherweise nicht zustande kommen. So gibt es eine gute Kooperation zwischen der Gewoba und der Fraueninitiative Quirl e. V., die im Waschhaus der Gewoba zwei Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte für Frauen betreibt. Die Kooperationspartner Schule, Amt für Soziale Dienste und Hans-Wendt-Stiftung haben gemeinsam einen Familientreff in Blockdiek eingerichtet, für den einer Einrichtung allein die finanziellen und personellen Ressourcen gefehlt hätten.

Auch die Zusammenarbeit zwischen team 2 und den genannten Einrichtungen sowie der öffentlichen Verwaltung, dem Einkaufszentrum und der Sparkasse Bremen hat eine gute Basis. Gemeinsam haben diese Partner einen Wettbewerb zur künstlerischen Aufwertung des Einganges zum Zentrum Blockdieks durchgeführt. Ein weiteres Beispiel für ein unbürokratisches Bündnis zeigte die Zusammenarbeit des Jugendtreffs (Landessportbund), der Interessengemeinschaft Blockdiek, des Polizeireviers Osterholz, der Bremer Straßenbahn AG und der Ausländerbeauftragten bei der Durchführung eines Jugendfestivals (Street Music Festival).

4. Projekte

Gelungene Projekte gibt es in ganz unterschiedlichen Bereichen. Eine Reihe von hausnahen Spielplätzen sind neu gestaltet und sogenannte Spielwiesen für die etwas älteren Kinder sind zur verbesserten Nutzung der vorhandenen Freiflächen eingerichtet worden. Nach dem Umbau des ehemaligen Waschhauses wurde in attraktiv gestalteten Räumen ein Bewohnertreff eingerichtet. Unter dem Namen „Café Blocksberg“ organisiert die Fraueninitiative Quirl e. V. ein Qualifizierungsprojekt für Frauen im Gastronomie- und Küchenbereich. Neben Frühstücks- und Mittagstischangeboten für Bewohner des Stadtteils werden die Räume für kulturelle Veranstaltungen und private Feste genutzt.

Mit dem Ausbau des Familientreffs an der Grundschule Düsseldorfer Straße wurde ein weiterer Ort der Begegnung vor allem für Eltern und Kinder geschaffen. Diese Einrichtung wird im Kooperationsverbund zwischen der Schule, dem Amt für Soziale Dienste und der Hans-Wendt-Stiftung betrieben, die in Blockdiek pädagogische Familienhilfe anbietet. Hierüber sind nun auch Beratungen verschiedener Einrichtungen im Stadtteil möglich. Die Räumlichkeiten stehen aber auch Elterngruppen zur Verfügung.

Eine Gruppe, die in der Bürgerbeteiligung nur schwer erreichbar ist, sind die Jugendlichen. Mit der Planung und Durchführung des Street-Music-Festivals ist es gelungen, zahlreiche junge Menschen für ein Projekt zu engagieren, das ihnen selbst, aber auch anderen zugute kommt. Das Festival fing mit Sportwettbewerben und Vorführungen an. Abends traten junge Künstler aus dem Stadtteil und bekannte Bremer Musikgruppen auf. Bis fünf Uhr morgens fand eine Disco statt. Die Beteiligung aus dem Stadtteil war überwältigend hoch.

Das jährlich wiederkehrende Sommerferienprogramm und das inzwischen traditionelle Laternenfest sind zu festen Einrichtungen im Stadtteil geworden. Vor allem das Laternenfest hat sich zu einem richtigen Stadtteilstadtteilfest entwickelt, das den gesamten Stadtteil mobilisiert. Aber auch die Einrichtung eines Wochenmarktes, den sich die Blockdieker immer gewünscht hatten und auf den sie über 25 Jahre verzichten mussten, gehört inzwischen zum festen Bestandteil des Quartiers.

5. Perspektiven

In einem Workshop gemeinsam mit aktiven Bewohnern und Vertretern von Einrichtungen und Unternehmen vor Ort wurden Bedarfe und Ziele für die weitere Arbeit zur Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation in Blockdiek erörtert und die folgenden Schwerpunkte festgelegt:

- Frei- und Spielflächen weiter verbessern,
- zielgruppenorientierte Projekte (Kinder, Jugendliche, Mädchen, alte Menschen, Ausländer, Aussiedler usw.) entwickeln,
- kulturelle Angebote schaffen (VHS-Kurse, Deutsch-Sprachkurse, selbst organisierte Gruppen usw.),
- soziale Angebote/Beratung (für unterschiedliche Zielgruppen) schaffen,
- Image-Arbeit sowohl nach innen (Eigenbild des Quartiers) wie nach außen (Außenwirkung) stärken und verbessern,
- Bürgerengagement aktivieren (Verantwortung für den eigenen Stadtteil übernehmen),
- Energieeinsparung und Nutzung regenerativer Energien (für Bewohner in den eigenen Haushalten und bei Umsetzung neuer Bauvorhaben bzw. Umbauten).

II.1.3

Projektgebiet
Grohner Düne



Projektkoordination:
Erika Storck-Treudler

Demographische und sozialräumliche Merkmale Grohner Düne/Ortsteil Grohn

	Soziale Stadt-Gebiet Grohner Düne	Ortsteil Grohn	Bremen-Stadt
Größe in ha	13,7	202	32663
Einwohnerzahl (12/1999)	1546	5651	540330
Bevölkerungsverlust (1995–1999)		5,4 %	1,6 %
Durchschnittliche Haushaltsgröße (12/1999)		2,2 Personen	1,9 Personen
Anzahl der Wohnungen (12/1999)		2548	281204
Arbeitslosenziffer (06/2000)		21,1	15,6 %
Anteil der Sozialhilfeempfänger (1999)		16,9	9,5 %
Anteil der ausländischen Bevölkerung (12/1999)	52,1 %	19,8 %	12,3 %
Anteil der unter 18-jährigen	35,4 %	21,6 %	16,5 %
Anteil der über 60-jährigen	14,9 %	23,1 %	25,1 %

Quelle: StaLa Bremen und eigene Berechnungen

1. Ausgangslage des Gebietes

Die Grohner Düne ist eine hochverdichtete Großwohnanlage (4,9 ha Grundfläche) bestehend aus einem ringförmigen Baukörper mit 421 Wohneinheiten (Eigentümerin Neue Heimat Hamburg) und einem L-förmigen Baukomplex mit 150 Wohnungen (Eigentümer Krause Hannover – steht unter Zwangsverwaltung). Im 1. Bauabschnitt sind von der Neuen Heimat 1998/99 ca. 18,5 Mio. DM in ein umfangreiches Sanierungsprogramm investiert worden. Auch im 2. Bauabschnitt sind 2001/02 Instandsetzungsmaßnahmen mit einem Umfang von 3,4 Mio. DM veranlasst worden. Für beide Bauabschnitte wurde ein „Sozialfenstervertrag“ abgeschlossen, der im Sozialen Wohnungsbau die Förderung der sozialen Durchmischung mittels der Aufhebung von Einkommensprüfungen beinhaltet. Bis vor etwa drei Jahren waren mit dem Wohngebiet Begriffe wie Kriminalität und Chaos, Vandalismus und Zerstörung verbunden. In der Presse wurde laufend über Vorfälle in und um die Grohner Düne herum berichtet. Die Imageverschlechterung der Wohnanlage war nicht aufzuhalten. Wer es sich leisten konnte, kehrte der „Düne“ den Rücken. Anfang 2001 war der Tiefpunkt des Wohnungsleerstandes mit 40 % in der gesamten Anlage erreicht.

Zwischenbilanz WiN/Soziale Stadt

Zurzeit leben ca. 1600 Menschen aus 31 Nationen in der Grohner Düne. Vermutlich mehr als 70 % der Bewohner/-innen sind nicht-deutschsprachiger Herkunft, der Lebensunterhalt wird überwiegend aus staatlichen Transferleistungen bestritten. Der Wohnungsleerstand hat sich im Verlauf des letzten halben Jahres im 1. Bauabschnitt auf 10 % verringert und im 2. Bauabschnitt liegt er zurzeit noch bei knapp 20 %. Gründe für diese relativ positive Vermietungsbilanz sind die abgeschlossenen Sanierungsmaßnahmen, die zentrale Lage in Bremen-Nord, das anhaltend „saubere und ordentliche“ Erscheinungsbild der Anlage, das subjektive Sicherheitsgefühl, vermittelt durch die Videoüberwachung und den rund um die Uhr anwesenden Wach- und Sicherheitsdienst, insbesondere im 1. Bauabschnitt. Auch wurde dies positiv dadurch unterstützt, dass die Grohner Düne aus den negativen Schlagzeilen der Presse und damit auch aus der öffentlichen Diskussion verschwunden ist.

2. Bewohnerbeteiligung und Organisation

Auch in Grohn wurde von 1984 bis 1990 ein Nachbesserungsprojekt durchgeführt. In diesem Zusammenhang wurde Bewohnerbeteiligung organisiert und mehrere Sozial- und Arbeitsprojekte ins Leben gerufen. Eines dieser Vorhaben war der 1989 eingeweihte Bewohnertreffpunkt. Forciert durch die 1997 weggefallene Sozialarbeiterstelle, als koordinierende Instanz aus dem Kontingent des Amtes für Soziale Dienste haben die zwischenzeitlich in zwei Vereinen organisierten Bewohner/-innen ihre ursprüngliche hohe Bedeutung (durch vielfältige Aktivitäten und Angebote) für das Wohngebiet verloren und ihre Aktivitäten ausschließlich auf eine sehr kleine Gruppe von Nutznießern ausgerichtet.

Diese Entwicklung und die Abwanderung interessierter BewohnerInnen haben die Qualität der Beteiligungsverfahren nicht gefördert. Insbesondere im 1. Bauabschnitt wird die Meinung geäußert, dass sich die Situation durch die Sanierung positiv verändert habe und deshalb die Notwendigkeit nicht gesehen wird, sich für das Wohngebiet zu engagieren. Anders verhält es sich im 2. Bauabschnitt, dort sind die Instandsetzungsarbeiten noch nicht vollständig abgeschlossen und der Hausverwaltung ist es gelungen, die Bewohner/-innen in diesen Veränderungsprozess einzubeziehen. Hier werden Wünsche formuliert und Verbesserungen angeregt; Bewohner/-innen setzen sich z. B. aktiv für die Anlage von Sitzplätzen oder der Schaffung eines „Teegartens“ ein. Sie machen sich für einzelne Vorhaben stark, signalisieren aber sehr deutlich, dass sie darüber hinaus nicht an einer „formalisierten“ Bewohnerbeteiligung interessiert sind.

Seit Beginn des WiN-Programms wurde die Koordination von der für Marßel zuständigen WiN-Koordinatorin durchgeführt. Ab 2001 finanziert die Neue Heimat Hamburg für die Dauer von drei Jahren eine Stelle für die Quartiersentwicklung. Die WiN-Koordination ist Motor und wesentlicher Bestandteil der Arbeit und Umsetzung einzelner Projekte vor Ort.

Das Planungs- und Beratungsgremium im Stadtteil ist die „Projektgruppe Grohn“. Mitglieder sind die jeweiligen Vertreter/-innen der Einrichtungen und Institutionen, der Vereine und Initiativen, sowie einige interessierte Bürger aus dem gesamten Ortsteil Grohn. Die Projektgruppe tagt einmal monatlich. Das Lokale Forum, als öffentliches Beratungsgremium für die zu verabschiedenden WiN-Anträge, setzt sich aus der Projektgruppe und Vertreterinnen aus dem Beirat und Bürgern zusammen. Im Juli 2001 hat sich der Verein „Leben in Grohn e. V.“ konstituiert und tritt mittlerweile in enger Kooperation mit der Projektgruppe als gemeinnütziger Träger für diverse soziale Projekte und Aktivitäten auf.

3. Kooperation und Mittelbündelung

Die ca. 400 m² umfassenden Räumlichkeiten des Bewohnertreffs bieten nach dem Verlassen der dort vorher angesiedelten Vereine (November 2001) Raum für mehrere WiN-Projekte, das Büro der Quartiersentwicklung und eine Anlaufstelle des zuständigen Kontaktpolizisten. Der Caritas-Verband bietet im „FrauenZimmer“ Beratung und Unterstützung für Frauen an, der „Täter-Opfer-Ausgleich“ ist dort mit dem Projekt „Schlichten in Nachbarschaften“ untergebracht, das RAZ-Projekt, das Jugendlichen Unter-

stützung beim Übergang von der Schule ins Berufsleben bietet, hat dort eine Anlaufstelle und das Projekt „Rund um's Rad“ wird sich im früheren Werkstattbereich einrichten. Daneben finden in diesem Treffpunkt Alphabetisierungskurse, Mütterbildungs- und Integrationskurse, Näh-/Stickkurse und Kurse zu Gesundheits- und Erziehungsfragen der VHS HB-Nord, sowie Angebote des Vereins „Leben in Grohn e. V.“ statt, wie z. B. Schularbeitenhilfe, Frühstücksgruppen und Gesprächskreise u. a. auch für ältere Migranten zum Thema „Alt werden in der Fremde“. Hier ist ein Ort entstanden, an dem im offiziellen Rahmen auch über Bedarfe und Perspektiven aus Bewohnersicht gesprochen wird.

4. Inhaltliche Schwerpunkte der WiN-Projekte

- Aufgrund der hochverdichteten Bauweise wurde der Gestaltung der Aufenthaltsflächen rund um die Grohner Düne besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Anlage der Wasserspielfläche auf dem so genannten Grünhügel, ist wegen erheblicher technischer Probleme noch nicht zum Abschluss gebracht. Das KTH-Gelände an der Tidemannstraße ist umgestaltet worden und soll außerhalb der KTH-Öffnungszeiten als Familiengarten zur Verfügung stehen. Der Schulhof der Grundschule Am Wasser ist nach dem Motto: bewegte Schule – anderes Spielen verändert worden. Die vielfältigen und spieldifferenzierten Angebote haben zur Deeskalation auf dem Schulhof beigetragen.
- Weiter sind Projekte gefördert worden, die Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten eröffnen, ihren eng an das Wohngebiet geknüpften Lebensbereich und Aktionsradius zu erweitern, dazu gehört das Projekt „Rund um's Rad“ und die Angebote des Kulturbahnhofs im Rahmen des jährlich – mit veränderter Thematik – stattfindenden Jugendkulturprojekts „Respect“.
- Die hohe Delinquenzbelastung von etwa 50 % aller strafunmündigen Kinder und Jugendlichen (47 % Gewaltdelikte, 53 % Eigentumsdelikte) machte es erforderlich, hier regulierend einzugreifen. Mehrere Projekte wurden initiiert wie das Projekt „Schlichten in Nachbarschaften“. Ein weiteres Projekt ist die Betreuung einer Skateranlage, um die ausschließliche Nutzung durch Cliques und von diesen ausgehende Bedrohung und Erpressung anderer Jugendlicher zu verhindern. Damit wurden diesen Kindern und Jugendlichen Grenzen deutlich gemacht. Parallel dazu hat die Videoüberwachung auf dem Innenhof der Grohner Düne einen nicht zu unterschätzenden erzieherischen und disziplinierenden Einfluss ausgeübt. Sicherlich sind kriminelle Delikte aus diesen Bereichen vorerst nur verdrängt worden und finden an anderen Stellen statt, aber es ist vermittelt worden, dass in immer mehr Bereichen dieses Verhalten nicht mehr toleriert wird und Grenzen, Strukturen und alternative Angebote dagegen gesetzt werden.
- Als präventive Maßnahme wird im Rahmen des Projektes „FrauenZimmer“ und in anderen Angeboten des Bewohnertreffs die Integration und die erzieherische Kompetenz der Eltern, hauptsächlich der Mütter, gefördert.

5. Perspektiven

Direkt gegenüber der Grohner Düne zwischen Vegesacker Hafen und der Lesum wird auf einem Areal von 9 ha mit einem Investitionsvolumen von ca. 65 Mio. € das so genannte Haven Hööv, ein Erlebnis-, Einkaufs- und Dienstleistungszentrum gebaut. Der Ortsteil Grohn und damit auch die Grohner Düne wird zukünftig im Spannungsfeld zwischen der International University Bremen (IUB) auf der einen Seite, dem Haven Hööv und der darüber hinausgehenden touristischen Erschließung im Bereich unteres Vegesack auf der anderen Seite stehen. Die Existenz des Hochhauskomplexes und der dort lebenden Menschen spielt in diesem expansiven Prozess eine nicht zu unterschätzende Rolle. Vorstellbar ist eine neutrale bis interessierte Haltung, wie sie sich zurzeit zu ergeben scheint, aber auch eine ablehnende bis destruktive Einstellung. Mangelnde Teilhabe an dem sich vor der eigenen Haustür abspielenden gesellschaftlichen Leben, Diskriminierung und Ausgrenzung der Bewohner/-innen gefährden das Gesamtverhalten und tragen nicht zur Entschärfung der Konflikte im Stadtteil bei.

Zielsetzungen und Schwerpunkte künftiger Aktivitäten:

- Fortsetzung der Umgestaltung von Aufenthaltsflächen mit der Ausrichtung auf jugendspezifische Erfordernisse und Angebote.
- Inhaltliche Positionierung des Angebotes im neuen Jugendhaus (das Gebäude wird vom Investor des „Haven Hööv“ errichtet und zur Verfügung gestellt). Das Beteiligungsverfahren mit den Jugendlichen wird vom ISS Frankfurt begleitet.
- Gestaltung der Grünflächen um den 2. Bauabschnitt.
- Aufbau nachbarschaftlicher Strukturen im Wohngebiet und adäquater Verfahren zur Bewohnerbeteiligung.
- Weitere Vernetzung der Angebotsstruktur im gesamten Stadtteil.
- Integrationsfördernde Maßnahmen und Angebote im Bereich Bildung und Qualifizierung.

II.1.4

Projektgebiet
Gröpelingen



Projektkoordination:
Dieter Sevecke

Demographische und sozialräumliche Merkmale Gröpelingen/Ortsteile Ohlenhof, Gröpelingen und Lindenhof

	Soziale Stadt-Gebiet Gröpelingen	Ortsteile Ohlenhof, Gröpelingen und Lindenhof	Bremen-Stadt
Größe in ha	354,3	354,3	32663
Einwohnerzahl (12/1999)	25478	25478	540330
Bevölkerungsverlust (1995–1999)	- 0,1 %	- 0,1 %	1,6 %
Durchschnittliche Haushaltsgröße (12/1999)	1,9 Personen	1,9 Personen	1,9 Personen
Anzahl der Wohnungen (12/1999)	13252	13252	281204
Arbeitslosenziffer, gemittelt (06/2000)	21,4 %	21,4 %	15,6 %
Anteil der Sozialhilfeempfänger (1999)	15,8 %	15,8 %	9,5 %
Anteil der ausländischen Bevölkerung (12/1999)	21,4 %	21,4 %	12,3 %
Anteil der unter 18-jährigen	18,3 %	18,3 %	16,5 %
Anteil der über 60-jährigen	23,0 %	23,0 %	25,1 %

Quelle: StaLa Bremen und eigene Berechnungen

1. Ausgangslage

Der Stadtteil Gröpelingen weist den höchsten Anteil an Sozialhilfeempfängern Bremens auf. Nach der Sozialindikatorenliste des Sozialressorts liegen drei der zehn am stärksten benachteiligten Bremer Ortsteile (Lindenhof, Ohlenhof Gröpelingen) im Stadtteil Gröpelingen. Diese Ortsteile wurden in die Programme WiN/Soziale Stadt einbezogen.

Mit dem Zusammenbruch des Schiffbaubetriebs AG „Weser“ erlitt dieser vormals von Werftindustrie und Häfen geprägten Arbeiterstadtteil große Einbußen an Arbeitsplätzen. Qualifizierte Arbeitskräfte sind der Arbeit nachgezogen und haben den Stadtteil verlassen. In die freigewordenen, oft einfachen und preisgünstigen Wohnungen sind Mieter eingezogen, deren Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt (z. B. wegen geringen Bildungsniveaus, einer mangelnden beruflichen Qualifikation oder sozialen Handicaps) ungünstiger waren und sind. In einigen Wohnquartieren sind noch heute mehr als die Hälfte der Bewohnerinnen und Bewohner ohne Arbeit.

1989 sind Teilgebiete Gröpelingens förmlich als Sanierungsgebiet festgelegt worden. Im Zuge dieser Sanierung wurden über 70 Mio. € öffentliche Mittel investiert. Damit konnten wesentliche Teile Gröpelingens deutlich sichtbar aufgewertet werden. Dieser positiven Entwicklung im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet hat der Stadtteilbeirat Gröpelingen Rechnung getragen, indem er am 13. Dezember 2000 beschloss, die Aktivitäten und Mittel der Programme „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ und „Soziale Stadt“ nördlich der Gröpelinger Heerstraße auf das Gebiet „Stuhmer Straße und umzu“ (Marienwerder/ Kulmer Straße, Stuhmer Straße und Barenburg/Klitzenburg/Wummensieder Straße) zu konzentrieren. In diesem Bereich sind über 70 % der Wohnungen sogenannte OPR-Wohnungen (Obdachlosen- und Polizeirecht), die von der Wohnungshilfe des Amtes für Soziale Dienste verwaltet und belegt werden. Die Lebenssituation der hier lebenden Menschen ist häufig geprägt von Arbeitslosigkeit,

Krankheit und Überschuldung. Viele Menschen in diesem Gebiet haben jegliches Selbstvertrauen und den Blick für die eigenen Möglichkeiten verloren.

Zwischenbilanz WiN/Soziale Stadt

Über die beiden Programme „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ und „Soziale Stadt“ wurden in den drei genannten Ortsteilen 50 Projekte (Gesamtkosten rund 1,9 Millionen Euro) bis Mitte 2002 mit rund 0,7 Millionen Euro gefördert. Mit dem Fokussierungsbeschluss des Ortsteilbeirates konnten bedeutende Anteile der Programmmittel in dem Bereich Marienwerder/Kulmer Straße, Stuhmer Straße und Barenburg/Klitzburg/Wummensieder Straße konzentriert werden.

Die Resignation in diesem Quartier war groß und konnte durch die Projekte in Ansätzen aufgebrochen werden, indem Beschäftigungsmaßnahmen installiert werden konnten. Der Zustand der Häuser spiegelte den Zustand der Menschen wider; verdreckte Treppenhäuser, herausgerissene Briefkästen, beschmierte Wände und viel, viel Müll. Auch hier haben die WiN/Soziale-Stadt-Projekte erste Erfolge in der Wahrnehmung und Pflege des Wohnbereiches gezeigt.

Die vielfältigen Aktivitäten haben zu einem spürbaren Klimawechsel in diesem Gebiet geführt. Nach Aussagen des Leiters des 18. Polizeireviers hat sich das Gebiet kriminalstatistisch beruhigt; er führt diese Entwicklung auf diese Aktivitäten zurück.

2. Bewohnerbeteiligung und Organisation

Von 1999 bis Ende 2001 hat das Ortsamt West in unterschiedlichen Gremien das Programmmanagement vor Ort übernommen. Die Bewohnerbeteiligung konnte in diesem Zeitraum nicht wie in den übrigen neun „WiN/Soziale Stadt“-Gebieten durchgeführt werden.

Im Januar 2002 wurde ein WiN-Koordinator für das Lokale Management eingesetzt. Dieses „Lokale Management“ installierte Anfang des Jahres ein offenes Bewohnerforum, das im ersten Halbjahr bereits fünfmal getagt hat. Die Beteiligung der Mieter ist eindrucksvoll: Das Forum erreicht bis zu 20 % der Haushalte des Fokussierungsgebietes.

3. Projekte

Streichelzoo Gröpelingen

Hier wurde vom Amt für Soziale Dienste eine Bewohnerinitiative aufgegriffen und unterstützt. Eine Wiese neben dem Gemeinschaftshaus Stuhmer Straße, auf der Bewohner schon Tiere hielten, wurde zu einer kleinen Stadtteilkamp mit einem betreuten Spielplatz ausgebaut. Dieser Streichelzoo hat sich im Quartier fest etabliert. Er ist gleichzeitig ein wichtiger Arbeitsplatz für zurzeit 15 Sozialhilfeempfänger auf Prämienbasis. Nach dem Motto „Gröpelinger für Gröpelingen“ bringen sie ihre Arbeitskraft für den Stadtteil ein und erhalten dafür eine Arbeitsprämie.

Nachbarschaftsbörse

Die Nachbarschaftsbörse ist ebenfalls ein Projekt des Amtes für Soziale Dienste. Hier wird ein Arbeitsmarkt für Prämienarbeitskräfte organisiert. Die Botschaft ist „Wenn ihr das Gefühl habt, nicht mehr gebraucht zu werden, wir brauchen euch“. Zurzeit arbeiten ca. 60 Personen auf dieser Basis an vielen verschiedenen Orten im Stadtteil. Sie arbeiten z. B. in Kindertagesheimen als Hausmeister, bei der „Gröpelinger Tafel“, im Streichelzoo, im Nachbarschaftscafé des Gemeinschaftshauses und an anderen Orten. Sie erhalten so wichtige Hilfen bei der Strukturierung ihres Alltags und haben wieder eine Aufgabe. Sie werden gebraucht und tragen zur Verbesserung ihres Stadtteils bei.

Wohnumfeldverbesserung

Das Projekt „Wohnumfeldverbesserung“ wird gemeinsam von der Bremischen Gesellschaft und dem Amt für Soziale Dienste getragen. Sein Ziel ist neben den konkreten Wohnumfeldverbessernden Maßnahmen die Ansprache, Aktivierung und Einbeziehung der Bewohner in weitergehende Planungs- und Selbsthilfeprojekte. Das heißt dieses Projekt ist gleichzeitig auch Klammer und Ausgang für weitergehende Projekte. Auf Hausversammlungen wurden Hausgemeinschaften mit gemeinsamen Interessen gebildet, die z. B. ihre gemeinsamen Wohnbereiche, wie Hausflure und Außenanlagen gestalten. D. h. sie renovieren ihre Treppenhäuser und Eingangsbereiche. Die Bremische Gesellschaft stellt das dafür erforderliche Material zu Verfügung. Nötigenfalls werden die Bewohner dabei durch Maler der Nachbarschaftsbörse (s. o.) fachlich unterstützt. Gegebenenfalls übernehmen diese Maler z. B. für Rentner, Kranke oder Behinderte deren Part in dieser Hausgemeinschaftsaktion.

Ein weiterer Mosaikstein des Projektes: In einigen Häusern wurden so genannte Hausmeisterassistenten eingerichtet, das sind Personen, die für einen geringen Anerkennungsbetrag gewährleisten, dass ein einmal erreichter Standard erhalten bleibt. Gleichzeitig wirken sie als Ansprechpartner und Multiplikatoren im Quartier.

Teil dieses integrierenden Projektes ist auch die von den Bewohnern gewünschte und auf den verschiedenen Ebenen getroffene Absprache, dass sich neue Mieter in dem im Gemeinschaftshaus Stuhmer Straße vorstellen. Die neuen Mieter werden dort mit dem Selbsthilfe- und Beteiligungsprinzip, den Regeln der Hausgemeinschaften und den verschiedenen Projekten vertraut gemacht. Wenn Bewerber und Hausgemeinschaften zueinander passen, erfolgt die Wohnungszuweisung durch die Wohnungshilfe des AfSD.

4. Perspektiven

In einer mit den Bewohnerinnen und Bewohnern durchgeführten, trotz Fußballweltmeisterschaft, sehr gut besuchten Zieldiskussion wurden Defizite des Quartiers, seine Stärken und Schwächen ausführlich zusammengetragen. Bei einem in Kürze geplanten Workshop mit allen Beteiligten (Bewohnerinnen, Projektträgern, Behördenvertretern usw.) soll die Umsetzung im Vordergrund stehen. Es werden dann konkrete Projekte beraten, die geeignet sind, die in der vorhergegangenen Zielfindungsdiskussion festgelegten Ziele zu erreichen.

Folgende Projektplanungen sind bereits aus dem stattgefundenen Zielfindungsprozess hervorgegangen:

Quartierszeitung

Eine in Planung befindliche Quartierszeitung des „Nachbarschaftshauses Helene Kaisen“ soll für die Bewohner ein Informations- und Diskussionsforum werden, in dem die Bewohner auch wichtige Termine, Möglichkeiten und Hinweise finden können. Auch diese Projektidee ist aus dem oben geschilderten „Wohnumfeldverbesserungsprojekt“ von und mit den Bewohner entwickelt worden.

Angebot für ausländische Mieter

Die Wohnumfeldverbesserung wird durch ein Angebot für ausländische Mieter ergänzt. Es sollen damit auch nichtdeutsche Bewohnerinnen und Bewohner stärker in den Prozess der Aktivierung und Teilnahme einbezogen werden. Ein entsprechender Auftrag ist dem „Zentrum für Migration und Interkulturelle Studien“ bereits vom Lokalen Bewohnerforum erteilt worden. Es ist geplant, auch Quartierszeitung zur integrativen Mobilisierung der türkischen Bewohner einzusetzen.

II.1.5

Projektgebiet

Hemelingen



Projektkoordination:

Jörn Hermening

Demographische und sozialräumliche Merkmale Hemelingen

	Soziale Stadt-Gebiet Hemelingen	Ortsteil Hemelingen	Bremen-Stadt
Größe in ha	93,3 ha	924	32663
Einwohnerzahl (12/1999)	4320	10634	540330
Bevölkerungsverlust (1995–1999)		2,8 %	1,6 %
Durchschnittliche Haushaltsgröße (12/1999)		2,2 Personen	1,9 Personen
Anzahl der Wohnungen (12/1999)		4916	281204
Arbeitslosenziffer (06/2000)		17,4 %	15,6 %
Anteil der Sozialhilfeempfänger (1999)		12,7 %	9,5 %
Anteil der ausländischen Bevölkerung (12/1999)	23,7 %	20,5 %	12,3 %
Anteil der unter 18-jährigen	22,0 %	21,8 %	16,5 %
Anteil der über 60-jährigen	20,6 %	20,3 %	25,1 %

Quelle: StaLa Bremen und eigene Berechnungen

1. Ausgangslage

Das WiN-Gebiet Hemelingen ist ein reines Wohngebiet, entstanden in den 50er und 60er Jahren. Zwei Siedlungen mit zwei- bis dreigeschossigen Wohnbauten der Bremischen Gesellschaft sind als Zeilenbebauung ausgeprägt. Dieser Wohnungsbestand hat einen überwiegend niedrigen baulichen und Ausstattungsstandard. Daneben und in Randlage zum Ortsteil gibt es ein- und zweigeschossige Einfamilienhäuser. Durch die Veränderung der Wirtschaft im ganzen Stadtteil befindet sich auch der Ortsteil Hemelingen in einer schwierigen Umbruchsituation. Neben einer im Vergleich zur Gesamtstadt Bremens festzustellenden erhöhten Arbeitslosigkeit, erhöhtem Sozialhilfebezug, niedrigerem Bildungsstand und erhöhtem Anteil von Migranten an der Bevölkerung waren insbesondere Teile des Bestandes der zwei- bis dreigeschossigen Häuser der Bremischen Gesellschaft in einem sehr schlechten Zustand.

Zwischenbilanz WiN/Soziale Stadt

Für das Gebiet „Hinter den Ellern“ hat sich die Lage verbessert, hier sind viele dieser Häuser bereits umfangreich saniert oder werden dies in naher Zukunft. Einige Schlichtbauten wurden abgerissen und an gleicher Stelle werden zurzeit günstige Einfamilien-Reihenhäuser gebaut. Zu erwarten sind in den sanierten Wohnungen allerdings Mietpreissteigerungen in nicht unerheblichem Maße, da die Bindungen des ersten Förderweges der Städtebauförderung für diese Gebäude zum 31. Dezember 1999 abgelaufen sind und zusätzlich auch die derzeitigen Maßnahmen auf den Mietpreis umgelegt werden sollen. Für das Gebiet der Bremischen Gesellschaft an der Straße „Angeln“ sind zurzeit keine Maßnahmen geplant, eine Instandsetzung wäre aber auch hier angebracht.

2. Bewohnerbeteiligung

Neben der Teilnahme engagierter Bewohner/-innen an den regelmäßigen WiN-Foren, werden bei der Beteiligung in Hemelingen auch andere Wege gegangen, bei denen mehr Bewohner/-innen aus dem Stadtteil erreicht werden können. Insbesondere das Haus der Familie und das Spielhaus engagieren sich sehr stark. Viele familienorientierte Maßnahmen werden über WiN gefördert und eine WiN-Arbeitsgruppe der Bewohner/-innen wurde initiiert. Neben Abendtreffen gibt es auch einmal im Jahr ein Wochenendseminar, an dem, natürlich mit Kinderbetreuung, bestimmte Projekte und Themen sowie der allgemeine WiN-Prozess erörtert und mit geplant werden. Der lokale WiN-Koordinator hat sich an diesen Seminaren und Treffen beteiligt. Bei der Sanierung der Häuser wurden und werden die Bewohner/-innen an der Planung der Veränderungsmaßnahmen bezüglich Wohnumfeld und Müllentsorgung beteiligt. Die Bremische Gesellschaft hat, gefördert durch WiN, eine Umfrage mit Hilfe von Studenten gestartet, die Ergebnisse werden beim weiteren Ablauf der Maßnahmen berücksichtigt. Bei allen WiN-Projekten werden die Betroffenen in die Planungen und Umsetzungen mit einbezogen.

3. Kooperation und Mittelbündelung

In Hemelingen läuft neben dem WiN-/Soziale Stadt- auch das EU-Ziel-2-Programm. Bei verschiedenen Projekten wird angestrebt, diese Mittel zu bündeln, wie etwa beim Quartierszentrum Hemelingen und dem Spiel- und Sportpark Hemelingen. Bei vielen Projekten beteiligt sich auch der Beirat Hemelingen über Globalmittel an der Finanzierung und Bewohner/-innen setzen ihre eigene Arbeitskraft mit ein. Bei einigen Projekten gibt es eine sehr gute Kooperation zwischen den verschiedenen Projektbeteiligten, wie etwa beim Projekt „Schlichten in Nachbarschaften“ vom Täter-Opfer-Ausgleich, wo mit der Polizei, dem AfSD, dem Ortsamt, der Schule Drebberstraße, dem Bürgerhaus, dem HdF Hemelingen und dem Wassersportverein Hemelingen zusammengearbeitet wird. Auch die Stadtteilzeitung „Der kleine Hemeling“ wurde durch verschiedene Träger ermöglicht. Das Quartierszentrum und der Spiel- und Sportpark werden in Kooperation von verschiedenen Nutzer/-innen entstehen. In anderen Bereichen muss die Zusammenarbeit in Zukunft noch ausgebaut werden.

4. Projekte

Gartenhausprojekt/Offener Treff von Bewohner/-innen

Ein kleines aber feines Projekt in Hemelingen ist sicher das Gartenhaus auf der Parzelle des Hauses der Familie. Die Freifläche wird gerade im Sommer sehr gerne genutzt. Eltern haben ehrenamtlich viele Spielmöglichkeiten geschaffen und der offene Treff für Bewohner findet dort regelmäßig statt (begleitet wird dieser Treff von einer von WiN mitfinanzierten Mitarbeiterin). Das alte Gartenhäuschen konnte nicht mehr renoviert werden, über WiN-Mittel wurde ein neues angeschafft. Hier werden Spielgeräte gelagert, eine kleine Küche ist vorhanden und auch einige Spielmöglichkeiten im „Trockenen“. Natürlich haben hier die Mütter und Väter beim Abriss des alten und Bau des neuen Hauses auch selbst mit Hand angelegt. Unterstützt wurden Sie dabei unter anderem auch von Mitarbeitern der Bremer Arbeitslosen Selbsthilfe (BRAS). Im Rahmen des offenen Treffs und von Wochenendseminaren ist es auch gelungen die Quartierszeitung „Der kleine Hemeling“ auf die Beine zu stellen. Nach der „Nullnummer“ und der ersten Ausgaben, die beide nach kurzer Zeit vergriffen waren, soll sie jetzt regelmäßig drei mal im Jahr erscheinen und kostenlos über Angebote und Aktivitäten im Stadtteil informieren.

Quartierszentrum Hemelingen

Verschiedenen sozialen Einrichtungen aus dem WiN-Gebiet stehen zurzeit keine adäquaten Räumlichkeiten im Stadtteil für ihre Arbeit zur Verfügung, einige müssen in Wohnungen beraten und betreuen. Daneben fehlt im WiN-Gebiet ein Treffpunkt oder Zentrum für alle Bewohner/-innen. Daher wird zurzeit ein Quartierszentrum in der Straße Hinter den Ellern geplant. Unter anderem sind daran das Spielhaus, das Gesundheitsamt, die Frühförderung (Modellprojekt zur Beratung und Förderung von Eltern und ihrer unter dreijährigen Kinder mit Bremen-weiter Bedeutung), das Haus der Familie, die Neue Arbeit der Diakonie Bremen und die Bewohnerinitiative „Bürgerinitiative Hemelingen-Ost“ beteiligt. Vor allem die Bewohner/-innen entwickelten schon zu Beginn interessante Pläne und Entwürfe. Die verschiedenen Beteiligten arbeiten zusammen an den Planungen, so dass diese mittlerweile sehr konkret geworden sind. Auch über das EU-Ziel-2-Programm konnten Mittel eingeworben werden und der Beirat Hemelingen beteiligt sich mit einer größeren Summe. Bei der Realisierung ist vorgesehen, Frauen und Männern aus dem Stadtteil die Möglichkeit zu geben, in einer Ausbildungsküche der „Neuen Arbeit“ in Form von Beschäftigungsmaßnahmen tätig zu werden. Die Produkte werden im angegliederten Café verkauft. Das Café stellt zugleich einen Treffpunkt für die Bewohner dar. Die Kinder können dann auf dem hinter dem Gebäude liegenden Spielplatz toben und trotzdem von den Müttern beaufsichtigt werden.

5. Perspektiven

Die Realisierung der beiden Großprojekte Quartierszentrum und Spiel- und Sportpark steht für die nächste Zeit im Vordergrund. Daneben gibt es auch viele neue Ideen. So plant zum Beispiel die Schule Drebberstraße die Ausweitung der Nachmittagsangebote und damit auch den Ausbau der bereits vorhandenen Cafeteria und einen Rhythmusraum für Klassen mit geistig behinderten Schüler/-innen. Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren vor Ort muss weiter ausgebaut werden, damit neue Projekte initiiert und den Bedarfen den Menschen vor Ort gerecht werden. Im Wohnumfeld sind noch viele Verbesserungsmaßnahmen vorzunehmen.

II.1.6

Projektgebiet

Kattenturm



Projektkoordination:

Eberhard Röttgers

Demographische und sozialräumliche Merkmale Kattenturm

	Soziale Stadt-Gebiet Kattenturm	Ortsteil Kattenturm	Bremen-Stadt
Größe in ha	82,2	327	32663
Einwohnerzahl (12/1999)	7995	12638	540330
Bevölkerungsverlust (1995–1999)		4,6 %	1,64 %
Durchschnittliche Haushaltsgröße (12/1999)		2,2 Personen	1,9 Personen
Anzahl der Wohnungen (12/1999)		5775	281204
Arbeitslosenziffer (06/2000)		16,7 %	15,6 %
Anteil der Sozialhilfeempfänger (1999)		17,5 %	9,5 %
Anteil der ausländischen Bevölkerung (12/1999)	25,1 %	18,7 %	12,3 %
Anteil der unter 18-jährigen	23,0 %	20,4 %	16,5 %
Anteil der über 60-jährigen	18,8 %	21,6 %	25,1 %

Quelle: StaLa Bremen und eigene Berechnungen

1. Ausgangslage des Gebietes

Kattenturm ist eine Großsiedlung des Sozialen Wohnungsbau mit drei- bis viergeschossigen Zeilenbauten, sieben- bis achtgeschossigen Riegelbauten und zwei 14-geschossigen Punkthochhäusern.

1991 wurde Kattenturm-Mitte als Sanierungsgebiet förmlich festgelegt und in das Nachbesserungsprogramm der Stadtgemeinde Bremen aufgenommen. Seitdem wurden zusammen mit privaten Gebäudeeigentümern erhebliche Anstrengungen zur städtebaulichen Sanierung, zur Verbesserung des Wohnumfeldes und zur Entwicklung der sozialen und kulturellen Infrastruktur in Kattenturm-Mitte unternommen. Insgesamt hat das Gebiet 1750 Wohneinheiten.

Trotz deutlicher Erfolge der Sanierung ist Kattenturm ein Ortsteil mit erheblichen Problemlagen. Arbeitslosen- und Sozialhilfequote sind überdurchschnittlich hoch. Menschen aus mehr als 90 Nationen leben auf engem Raum zusammen. Ca. 20 % der Wohnbevölkerung (bei Kindern und Jugendlichen 30 %) sind ausländischer Nationalität. Der Anteil alleinerziehender (Mütter) ist der zweithöchste in bre-mischen Großsiedlungen.

Ende der 90er Jahre gab es darüber hinaus signifikante Defizite in folgenden Bereichen:

- Freizeitangebote für alle Altersgruppen,
- Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs,
- Dienstleistungen,
- Arbeit, Beschäftigung und Qualifizierung,
- Integration von belasteten Bevölkerungsteilen,
- stadträumliche Durchlässigkeit im Zentrum,
- städtebauliche Ergänzung auf Brachflächen.

Darüber hinaus war eine ungenügende Verzahnung des Quartiers mit dem lokalen Umfeld im Stadtteil zu konstatieren. Ein weiterer Hemmschuh der Entwicklung war das sich hartnäckig haltende schlechte Image von Kattenturm.

Zwischenbilanz WiN/Soziale Stadt

Durch die gezielte und schwerpunktmäßige Entwicklung von Projekten für junge Menschen konnte das über viele Jahre bestehende Angebotsdefizit für diese Bewohnergruppe in Kattenturm deutlich abgebaut werden. Mit dem FUN-Park entstand ein attraktiver Treffpunkt unter freiem Himmel; Sportprojekte, Streetwork, gestaltete Schulhöfe und Spielflächen bereichern den Alltag; das Kulturcafé DELIKATT und der Quartiersservice verbessern das Dienstleistungsangebot und bieten Möglichkeiten zur Arbeit und Qualifizierung; und mit dem Projekt Quartiersmarketing wird gezielt daran gearbeitet, den Ruf Kattenturms nach innen und außen zu verbessern.

Neben weiter entwicklungsbedürftigen Sektoren (Integration, stadträumliche Durchlässigkeit, Anbindungen im Stadtteil) gilt das Hauptaugenmerk der Verstetigung jener Angebote, die durch die Programme WiN und Soziale Stadt möglich wurden, sich als bedarfsgerecht erwiesen haben und auf Dauer gesichert werden müssen.

2. Bewohnerbeteiligung und Organisation

Das Kattenturmer Stadtteilprojekt vollzog einen fließenden Übergang von der Nachbesserung zu den Programmen WiN und Soziale Stadt und bediente sich dabei der erprobten und bewährten Strukturen. Etwa alle acht Wochen tritt im Saal des Ortsamtes Obervieland das lokale Forum Stadtteilgruppe öffentlich zusammen. In ihm sind regelmäßig Vertreter des Beirats, des Ortsamtes, der Polizei, des Senators für Bau und Umwelt, der Gebäudeeigentümer, diverser Träger sozialer und kultureller Angebote und der Bewohner vertreten. Nach Bedarf nehmen Mitarbeiter weiterer Ämter und Institutionen teil.

Als Koordinationsinstanz und Anlaufpunkt zwischen den Sitzungen der Stadtteilgruppe wirkt das mit einem Mitarbeiter des Amtes für Soziale Dienste besetzte Projektbüro vor Ort. Je nach Anforderung werden von hier aus Bewohnerarbeitsgruppen, ämterübergreifende Arbeitsgruppen oder Beratungen mit (potenziellen) Trägern von WiN-Projekten einberufen.

Einem gewachsenem Engagement von Institutionen (u. a. Schulen) im Stadtteilprojekt steht ein leichter Rückgang der Bewohnerbeteiligung wegen des (vorläufigen) Abschlusses der Wohnumfeldprojekte zusammen mit der Gewoba (Eigentümerin) gegenüber. Vor dem Hintergrund vielerorts reduzierter Personalkapazitäten ist in jüngster Zeit allerdings eine Tendenz zu rückläufiger Beteiligung (fehlende Möglichkeiten, die Grundfinanzierung von Projekten darzustellen) von Ämtern und freien Trägern zu verzeichnen.

3. Kooperation und Mittelbündelung

Eine wesentliche Grundlage für die erfolgreiche Arbeit des Kattenturmer Stadtteilprojektes ist die enge Kooperation mit dem Beirat und dem Ortsamt Obervieland. Dadurch wurde für eine Vielzahl von Vorhaben die inhaltliche Grundlage geschaffen. Die Bereitstellung von Beiratsmitteln war mehrfach die Initialzündung für die Absicherung der Grundfinanzierung von WiN-Projekten.

Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit mit Vertretern der lokalen und kommunalen Politik wichtiges Element bei der Erschließung zusätzlicher (finanzieller) Ressourcen. Atmosphärisch bedeutsam und besonders in Einzelfällen sehr hilfreich (Funpark) ist die Mitwirkung der Gewoba.

4. Projekte

Kattentürme

Nachhaltige Stadtteilgestaltung mit künstlerischen Anteilen orientiert an den Wünschen der Nutzer ist das Anliegen des Projektes „Kattentürme“. Durch die Kooperation von Stadtteilprojekt, Quartier e. V. und mehreren Einrichtungen wurde 1997 ein Prozess in Gang gesetzt, in dessen Verlauf bisher ca. 600 Kinder, Eltern, Lehrer/-innen und Erzieher/-innen Wünsche an ihr Alltagsumfeld formulierten. Auf dieser Grundlage wurde viel fantasiert, geplant, gespielt, gefeiert, gestritten, sich zusammengerauft und letztlich gestaltet sowie gebaut. Zwei Kattentürme, die Spielinsel auf dem Schulhof (1999) und das Schiff beim Kindertagesheim Stichnethstraße (2001) stehen schon, und die Errichtung des Lichtturms bei der Abrahamgemeinde kann in diesem Jahr beginnen. Drei Bauten, die nicht nur außergewöhnliche Ansichten in Kattenturm bieten, sondern den Kindern eine alltägliche Bereicherung der Sinne sind.

Fun-Park

Der 1996 auf einem Notizzettel mit wenigen Worten formulierte Bürgerantrag von Jugendlichen an den Beirat Obervieland war der Ausgangspunkt. Die bemerkenswerte Zusammenarbeit von Ortsamt, AfSD, Gewoba, Kulturhaus KATT und vieler weiterer, nicht selten kritischer Beteiligter war die Basis. Gebündelte Mittel der Programme WiN und Soziale Stadt, sowie Zuschüsse der Stiftung Wohnliche Stadt, des Beirates Obervieland, des Amtes für Soziale Dienste und der Gewoba machten es möglich. Heute hat Kattenturm und der Bremer Süden ein außergewöhnliches Jugendzentrum unter freiem Himmel.

Quartiersmarketing

Das Quartier ist weit besser als sein Ruf. Dies positiv zu verändern ist Inhalt und Anliegen des Projektes Quartiersmarketing. Dabei geht es nicht um Schönreden, sondern um die Vermittlung all dessen in der Öffentlichkeit, was die Qualität Kattenturms ausmacht. Und es geht um die Unterstützung solcher Aktivitäten, die diese Qualität steigern. Mit Mitteln des Arbeitsamtes und des Senators für Arbeit wurde die entsprechende Personalressource geschaffen. Die Gewoba, das Einkaufszentrum Passage Kattenturm, die Sparkasse Bremen, der Senator für Bau und Umwelt und der Beirat Obervieland beteiligen sich an den Sachausgaben. Und die WiN-Ergänzungsmittel ermöglichen den erforderlichen Gesamtrahmen.

5. Perspektiven

Kattenturm hat aufgeholt und das ist im Alltag spürbar. Aber der Zustand ist fragil. Auch zukünftig wird dieses Quartier erhebliche Integrationsleistungen für die Stadtgemeinde erbringen müssen. Deshalb ist es erforderlich, die durch die Programme WiN und Soziale Stadt eingeleitete Entwicklung zu verstetigen. Es gilt, das lokale Netzwerk derjenigen, die das Funktionieren des Gemeinwesens gewährleisten, zu stützen und die Bewohnerbeteiligung daran zu stabilisieren.

Neben der Fortführung begonnener Projekte und gegebenenfalls deren Überleitung in Regelangebote (siehe Funpark), sowie der Umsetzung geplanter Vorhaben (u. a. Neubau Kulturhaus KATT, Saalbau beim Bürgerhaus GZ Obervieland) ist beabsichtigt, weitere Elemente zur Stärkung der Infrastruktur (u. a. Standort Haus der Familie/kinder- und jugendärztlicher Dienst) abzusichern.

Darüber hinaus benötigt Kattenturm eine vorausschauende Planung für die Zeit nach dem Programm WiN. Das Stadtteilprojekt wird die Debatte um ein Stadtteilentwicklungskonzept für Kattenturmer einleiten.

II.1.7

Projektgebiet

Lüssum-Bockhorn



Projektkoordination:

Heike Binne

Demographische und sozialräumliche Merkmale Lüssum-Bockhorn

	Soziale Stadt-Gebiet Lüssum-Bockhorn	Ortsteil Lüssum- Bockhorn	Bremen-Stadt
Größe in ha	33,4	508	32663
Einwohnerzahl (12/1999)	3448	13204	540330
Bevölkerungsverlust (1995–1999)		4,7 %	1,6 %
Durchschnittliche Haushaltsgröße (12/1999)		2,1 Personen	1,9 Personen
Anzahl der Wohnungen (12/1999)		6186	281204
Arbeitslosenziffer (06/2000)		21,3 %	15,6 %
Anteil der Sozialhilfeempfänger (1999)		15,3 %	9,5 %
Anteil der ausländischen Bevölkerung (12/1999)	33,6 %	13,8 %	12,3 %
Anteil der unter 18-jährigen	31,8 %	21,5 %	16,5 %
Anteil der über 60-jährigen	13,4 %	23,4 %	25,1 %

Quelle: StaLa Bremen und eigene Berechnungen

1. Ausgangslage

Das Gebiet besteht aus dem nördlichen Teil „Lüssumer Ring“ und dem südlichen Teil „Lüssumer Heide“, in denen eine Sanierung weitgehend abgeschlossen wurde. Die 1990 im Rahmen der Nachbesserung für die Sanierung festgelegten Ziele:

- Verbesserung des Wohnungsbestandes,
- Verbesserung des öffentlichen und privaten Wohnumfeldes

wurden weitgehend erreicht. Im gesamten Gebiet befinden sich zwei- bis viergeschossige Blockbauungen sowie fünf achtgeschossige und ein 14-geschossiges Hochhaus. Insgesamt hat das Gebiet 1.100 Wohneinheiten.

Das Projektgebiet befindet sich mit seinen ca. 3000 Einwohnern im Ortsteil Lüssum-Bockhorn mit insgesamt 13.170 Einwohnern. Das Projektgebiet ist ein reines Wohngebiet. Die Sozialstrukturdaten sind insbesondere im Projektgebiet bezogen auf Sozialhilfedichte, Arbeitslosendichte und Migrantenanteil problematisch. Es leben hier mehr als doppelt so viele Kinder und Jugendliche im Verhältnis zum Gesamtstädtischen Durchschnitt. Zudem gibt es viele junge Alleinerziehende. Der Ausländeranteil beträgt 42 % (im Kinder- und Jugendbereich ist es über 50 %) und der Anteil der Aussiedler ca. 30 %. Insgesamt besteht eine hohe Dichte sozialer Problemlagen.

Das Bildungsniveau ist im Vergleich mit anderen Ortsteilen niedrig, der Anteil der jugendlichen Straftäter extrem hoch. Gleichzeitig wird dieses Bild durch eine hohe Fluktuation der Bewohner mit Wanderungsverlusten für das Quartier ergänzt.

Das ebenfalls 1990 festgelegte Ziel

- Verbesserung der sozialen Verhältnisse

bleibt aufgrund der beschriebenen Problemlagen der Bevölkerung eine ständige Herausforderung.

Zwischenbilanz WiN/Soziale Stadt

In der Zeit von 1999 bis April 2002 sind 59 Projekte aus dem Programm WiN und dem Programm Soziale Stadt gefördert und umgesetzt worden. Insgesamt wurden sie mit ca. 590.000 € bezuschusst.

Viele Projekte sind dem Handlungsfeld 5 „Gemeinwesenbezogene Prävention und Integration“ zuzuordnen. Es wurden jedoch auch im Handlungsfeld 2 „Städtebau“ einige Maßnahmen umgesetzt. Im Jahr 2000 der „Lüssumer Platz“ und der Ausbau des „Sandcafés“ am SZ Sandwehen, im Jahr 2001 das Außengelände des Jugendclubs und die Herrichtung eines neuen Spielplatzes beim Hochhaus.

Insgesamt konnte mit dem Programm WiN schnell und unbürokratisch auf Problemlagen, gerade auch im Bereich „Jugendliche“ und Gewaltprävention reagiert werden. Die Zusammensetzung der Bewohnerschaft macht auch in Zukunft verstärkte Anstrengungen in den Bereichen Sprachförderung, Integration, Beschäftigung, Gewaltprävention erforderlich.

2. Bewohnerbeteiligung und Organisation

Im WiN-Projektgebiet ist der Verein Nachbarschaft Neuenkirchener Weg e. V. aktiv. Er setzt sich für die Interessen der Mieter ein und hat sich, von der Entstehung der Siedlung in den 60er Jahren an, auch sozialpolitisch für Kinder- und Jugendinteressen engagiert. Durch dieses Bürgerengagement wurde ein Abenteuerspielplatz geschaffen, das Spielhaus und Ende der siebziger Jahre auch der Jugendclub gebaut. Der Nachbarschaftsverein ist – in einer Kooperationsgemeinschaft mit dem Amt für Soziale Dienste und einer privaten Stiftung – Träger vom Spiel- und Gemeinschaftshaus und vom Spielplatz.

Von 1990 bis Ende 1998 war das Projektgebiet in das Bremer Nachbesserungsprogramm einbezogen.

Durch aktivierende Befragungen, Ansprache an der Haustür und daraufhin den Aufbau von Bewohnerplanungsgruppen wurden mit Bewohner/-innen gemeinsam die hausnahen Spielbereiche und Wohnhöfe neu geplant. Durch gemeinsame Pflanzaktionen waren sie auch an der Umsetzung beteiligt.

Im Bereich der Wohnumfeldverbesserung wurde mit dem ALZ (Arbeitslosenzentrum Bremen-Nord) und der BRAS (Bremer Arbeitslosen Selbsthilfe) zusammen gearbeitet, so dass u. a. auch Bewohner, die in diesen Beschäftigungsprojekten tätig waren, an der Wohnumfeldverbesserung mitgewirkt haben.

Für die Neugestaltung des Spielplatzes beim Spielhaus, des Spielplatzes Vorbergerstr. und des Außengeländes des Evangelischen Kindertagesheimes wurden Wochenendseminare mit Familien durchgeführt und gemeinsam am Modell die Gestaltung geplant. Auch hier waren die Eltern später an der Umsetzung beteiligt. Das ALZ und, beim Evangelischen KTH, „Arbeit und Ökologie“ wurden als Beschäftigungsträger für den Großteil der Umbauarbeiten und die Erstellung von Spielgeräten eingesetzt.

Für die Neugestaltung des Außengeländes des Jugendclubs wurde eine Zukunftswerkstatt mit Jugendlichen durchgeführt, und es wurden Modelle für den Umbau entwickelt.

Das Haus der Zukunft ist durch eine groß angelegte Elternbefragung des Deutschen Jugendinstitutes angeregt und mit großem Bürgerengagement aus dem Stadtteil entwickelt worden. Nicht zuletzt haben 18 Arbeitslose aus dem Stadtteil das Haus gemeinsam mit Profi-Firmen erstellt. Das Außengelände hinter dem Haus wurde im Rahmen eines Bildungsurlaubs „Frauen und Steine“ mit Frauen aus dem Stadtteil geplant und hergerichtet. Es wurde ein Kräutergarten angelegt, ein kleiner Platz und ein Weg selbst gepflastert.

Die WiN-Koordinatorin hat die seit 1992 eingeführten jährlichen Bewohnerwochenendseminare außerhalb Bremens auch im Rahmen des WiN-Programmes fortgeführt. In diesen Seminaren geht es um Mitwirkungsmöglichkeiten im Quartier, Projektentwicklung, Zukunftswerkstatt für den Stadtteil, Planspiele zu Konfliktsituationen, Wohnen in Nachbarschaften mit vielen Kulturen u. a. Die Teilnehmer werden in den Seminaren u. a. auch über die bestehenden Gremien wie z. B. die Stadtteilgruppe informiert. Durch diese intensive Beschäftigung mit Themen, Sinn und Zweck der Stadtteilgruppe und durch das Kennenlernen der verschiedenen Herkunftsländer und Gewohnheiten entstehen oftmals neue Kontakte, und diese führen dann auch zur Beteiligung an den Treffen der Stadtteilgruppe.

Die Stadtteilgruppe als das öffentlich tagende Forum zur Präsentation der Projekte, zur Diskussion der Situation im Stadtteil und zur Erteilung des WiN-Gütesiegels trifft sich ca. vier Mal im Jahr.

Darüber hinaus finden im Haus der Zukunft auch vier Mal im Jahr Mietertreffen, auf denen speziell Mietbelange, aber auch Wohnumfeldprobleme thematisiert werden, statt. An diesen Treffen nehmen in der Regel Vertreter der Wohnungsbaugesellschaften teil.

3. Kooperation

In Lüssum sind die Interinstitutionelle Arbeitsgruppe, der Arbeitskreis Jugend und der Arbeitskreis Kinder die Gremien, in denen die soziale Netzwerkarbeit im Stadtteil geleistet wird. Die Interinstitutionelle Arbeitsgruppe setzt sich aus Vertretern aller im Quartier aktiven Institutionen und Initiativen zielgruppen-

und trägerübergreifend zusammen. Die Zusammenarbeit läuft seit Jahren sehr konstruktiv und ist den vielen engagierten Menschen zu verdanken.

Durch die Bündelung von Mitteln können viele Projekte überhaupt erst durchgeführt werden, wie z. B. die Projekte zur Gewaltprävention des Schulzentrums Sandwehen mit dem Lüssumer Turnverein, die Erziehungsberatung für türkische Familien, der Neubau des Lüssumer Platzes, der Mittagstisch im Haus der Zukunft, die Neugestaltung des Außengeländes beim Jugendclub, der Ausbau des Kindertagesheimes Fillerkamp zu einem Elterntreff. Eine Institution allein ist kaum in der Lage ein größeres Projekt, sei es im Bau- oder im Sozial- oder Bildungsbereich, durch zu führen. Alle größeren Vorhaben waren und sind erst durch Mischfinanzierungen zu realisieren.

4. Projekte

Der Lüssumer Platz

Der Gestaltung des Lüssumer Platzes war eine Bewohnerbefragung im angrenzenden Hochhaus vorausgegangen. Die Ergebnisse wurden bei der Sanierung und Neugestaltung des Hochhauses, mit Concierge, Umbau der Balkone zu Wintergärten, neuen Fahrstühlen usw., berücksichtigt und lieferten auch Anregungen für die Planung des Platzes. Die angestrebten Ziele, nämlich Verkehrsberuhigung, optische Aufwertung und Stärkung der Aufenthaltsqualität wurden sehr gut erreicht. Der Platz wurde mit einem Stadtteilstreit im Juli 2000 unter Beteiligung vieler Bewohner eingeweiht.

Psychologische Beratung für türkische Familien

Türkischen Familien wird eine niedrigschwellige, muttersprachliche Beratung angeboten. Fragen zur Entwicklung und Erziehung von Kindern und dem damit verbundenen elterlichen Handeln bilden den Schwerpunkt. Die Familien finden Unterstützung bei der Bewältigung von Übergängen und krisenhaften familiären Ereignissen und können ihre Erziehungskompetenz stärken. Das Projekt ist vom Haus der Familie Ende 1999 entwickelt worden und hat eine große Resonanz gefunden. Eine Psychologin, die selbst Migrantin ist, ein Psychologe der Erziehungsberatungsstelle des Amtes für Soziale Dienste und eine Mitarbeiterin des Hauses der Familie bilden das Team.

Schlichten in Nachbarschaften

Die außergerichtliche Schlichtungsstelle des Täter-Opfer-Ausgleiches im Haus der Zukunft existiert seit 1999. Zielsetzungen der Schlichtungsstelle sind: Spezialprävention, Normenverdeutlichung und frühzeitige deeskalierende Konfliktbearbeitung. Im Jahr 2001 wurden in Lüssum-Bockhorn 124 Akten mit einer Schlichtungsquote von 82 % bearbeitet. Hinzu kamen 17 psychologische Einzelberatungen insbesondere für Geschädigte und Angehörige. Die meisten Beschuldigten waren junge Menschen unter 20 Jahren, die vorwiegend aus Migrantenfamilien sowie sozial stark benachteiligten deutschen Familien stammen. Die Ursachen der Konflikte waren meist langjährige Familienkonflikte, Psychotraumatisierungen oder psychoneurotische Störungen.

Über die Hälfte der bearbeiteten Konflikte in Lüssum-Bockhorn gelangen auf justizfernem Weg an die Schlichtungsstelle. Besonders hervorzuheben sind die enge Zusammenarbeit mit dem Haus der Zukunft, der Schutzpolizei, der türkischen Erziehungsberatung, dem Schulzentrum Sandwehen sowie dem Spielhaus Lüssumer Heide. So konnte z. B. eine Serie von Übergriffen einer Jugendclique auf soziale Einrichtungen, die mit Einbrüchen, Sachbeschädigungen und Vandalismus einherging, gestoppt und die (Re-)Integration der Tatverdächtigen in die soziale Arbeit ermöglicht werden.

5. Perspektiven

Aufgrund der oben beschriebenen Bewohnerstruktur wird der Schwerpunkt von WiN auch in Zukunft auf der Integration der Migranten/-innen und Aussiedler/-innen liegen. Darüber hinaus ist eine Bildungs- und Aufklärungsarbeit im Bereich der Erziehung und des Zusammenlebens weiterhin erforderlich. Erfahrungen haben gezeigt, dass Jugendliche besser von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund erreicht werden. Dieser Bereich, ebenso wie die Entwicklung beruflicher Perspektiven erfordern verstärkte Bemühungen.

Im Bereich der Stadtplanung und Entwicklung des Quartiers stellen sich neue Herausforderungen.

Der geplante Weiterbau der B 74 wird das Wohngebiet stärker räumlich separieren. Damit verbunden wird der Wegfall des Abenteuerspielplatzes und des Bolzplatzes beim Spielhaus sein, sodass sich die Frage nach Alternativen stellt.

Durch den derzeit angedachten Rückbau/Abriss von Punkthochhäusern könnten sich neue Wohnbedingungen ergeben, die frühzeitig diskutiert werden sollten.

Eine in Vorbereitung befindliche Planungswerkstatt mit allen Beteiligten wird sich in absehbarer Zeit u. a. mit folgenden Fragen beschäftigen: Welche Entwicklungsperspektiven gibt es aufgrund der aufgezeigten Veränderungen? Wie soll das Quartier in Zukunft aussehen?

Das Quartiersmanagement ist für die Moderation der anstehenden Neuerungen und die Beteiligung aller Betroffenen notwendig. Das Programm WiN/Soziale Stadt hat in der Perspektive die Aufgabe, den Veränderungsprozess integrativ und nachhaltig zu gestalten.

II.1.8

Projektgebiet

Marßel



Projektkoordination:

Ulla Diedrich

Demographische und sozialräumliche Merkmale Marßel/Ortsteil Burgdamm

	Soziale Stadt-Gebiet Marßel	Ortsteil Burgdamm	Bremen-Stadt
Größe in ha	67	417	32663
Einwohnerzahl (12/1999)	5580	11327	540330
Bevölkerungsverlust (1995–1999)		0,7%	1,6 %
Durchschnittliche Haushaltsgröße (12/1999)		2,2 Personen	1,9 Personen
Anzahl der Wohnungen (12/1999)		5200	281204
Arbeitslosenziffer (06/2000)		19,0 %	15,6 %
Anteil der Sozialhilfeempfänger (1999)		10,8 %	9,5 %
Anteil der ausländischen Bevölkerung (12/1999)	15,2 %	10,3 %	12,3 %
Anteil der unter 18-jährigen	20,6 %	19,2 %	16,5 %
Anteil der über 60-jährigen	25,9 %	26,0 %	25,1 %

Quelle: StaLa Bremen und eigene Berechnungen

1. Ausgangslage

Das Wohngebiet Marßeler Feld liegt am Rande des Ortsteils Burgdamm – es wird begrenzt durch die Autobahn, die B 74 und die Bundesbahn. Es wurde in den Jahren 1960 bis 1965 von der Gewoba und der Brebau mit ca. 2150 Wohneinheiten erbaut, durch die Nachverdichtung der letzten Jahre umfasst das Quartier jetzt rd. 2300 Wohnungen. Das Gebiet wird geprägt durch drei- bis vierstöckige Wohnblöcke mit Drei- bis Fünf-Zimmer-Wohnungen, ergänzt durch vier achtgeschossige Hochhäuser mit Ein- bis Zwei-Zimmer-Wohnungen. Umgeben wird dieses Quartier durch einen Ring Einfamilienhäuser.

Im Gebiet wohnen rd. 6000 Menschen. Der Ausländeranteil beträgt 15,25 %, allerdings wohnen 77,7 % der ausländischen Bürger des Gesamtortsteils Burgdamm in Marßel. In den letzten Jahren sind relativ viele Aussiedler aus den GUS-Staaten ins Quartier gezogen, die genaue Zahl ist nicht ermittelbar; in dem Kindertagesheim (KTH) und in der Grundschule beträgt ihr Anteil ein Drittel aller Kinder. Die Arbeitslosigkeit betrug im Juni 2000 im Ortsteil Burgdamm 19 %. Es ist davon auszugehen, dass die Quote im Quartier Marßel wesentlich höher ist.

Das Durchschnittsalter der Bewohner beträgt 40 Jahre. Es hat sich seit 1990 um drei Jahre erhöht. 20,6 % der Bewohner sind unter 18 Jahren, dies sind 60 % der Altersgruppe aus dem Ortsteil Burgdamm.

Neben dem städtischen Kindertagesheim befindet sich im Quartier eine Grundschule, eine Schule des Sek-I-Bereiches, zwei Kirchen, ein kleineres Jugendhaus(AWO) und seit 1997 das Nachbarschaftshaus Marßel, betrieben durch den Verein „Nachbarschaftshaus Marßel e. V.“. Der ASB betreibt im „Kinderhaus Nordcap“ (ein Bestandteil des Nachbarschaftshauses) vier sozialpädagogische Spielkreise. Die Einkäufe des täglichen Bedarfs können in zwei Einkaufszentren getätigt werden. Allerdings sinkt die Attraktivität des kleinen Ladenzentrums durch Leerstände. Die Verkehrsanbindung geschieht durch zwei Busverbindungen nach Bremen-Nord und Bremen. Außerdem gibt es Umsteigemöglichkeiten zur Bundesbahn.

Marßel war eines der fünf Wohnquartiere, in denen von 1990 bis 1998 im Rahmen der Nachbesserungsmaßnahmen bereits Projekte durchgeführt wurde.

Zwischenbilanz WiN/Soziale Stadt

Durch das Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ konnten die positiven Ansätze der letzten Jahre ohne Zeitverzögerung weiterentwickelt werden. Da die bauliche Infrastruktur in den Jahren 1990 bis 1998 entscheidend zum Vorteil der Bürger verändert wurde, liegt der Schwerpunkt der Projekte im Rahmen von „WiN“ überwiegend in der Weiterentwicklung von Verbesserungs- und Stabilisierungsmaßnahmen, die Verstetigung bestehender Angebote, wie z. B. dem Nachbarschaftshaus Marßel oder dem Jugendhaus, dem Ausbau präventiver Angebote, Orientierung auf Integrationsangebote und die Verstärkung von Bildungs- und Förderaktivitäten.

2. Bewohnerbeteiligung

Durch das Nachbesserungsprojekt wurden die Bewohner als „Experten“ für ihr Wohngebiet in den Mittelpunkt der Planungen und Beschlüsse gestellt.

Die Bewohnerbeteiligung an der Entwicklung von WiN-/Soziale-Stadt-Projekten erfolgt analog der Struktur, die im Nachbesserungsprogramm entwickelt wurde: durch die Teilnahme der Bürger an den Arbeitskreisen, durch die Bildung von Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen und durch die Teilnahme der Bewohner an den drei- bis vier Mal jährlich stattfindenden Stadtteilgruppensitzungen.

Bekannt gemacht und eingeladen werden die Bewohner durch Plakate in allen Hauseingängen. Beibehalten wurde auch das Konsensprinzip bei der Erteilung des WIN-Gütesiegels.

3. Kooperation und Mittelbündelung

Die stadtteilbezogene Vernetzung geschieht im Arbeitskreis Marßel, dem neben den schon genannten Institutionen weitere Vereine und Einrichtungen angehören. Zusätzlich gibt es im Quartier zwei zielgruppenbezogene Arbeitskreise: Kinder und Jugendliche. Weiterhin hat sich im Jahre 2001 ein Arbeitskreis aus Bürgern und Institutionen Marßels zu einer „AG Imagepflege“ gebildet. Durch die Zusammenarbeit der Träger und Einrichtungen, zu denen auch die Wohnungsbaugesellschaften Gewoba und Brebau gehören, ergeben sich auch in finanzieller Hinsicht Synergieeffekte.

4. Projekte

Beispielhaft für viele der gelungenen Maßnahmen nachfolgende Beschreibung einiger Projekte. Hierbei wird auch die Effektivität der Vernetzung im Quartier deutlich.

Sport ohne Verein – mit der SG Marßel

Ausgehend von der Tatsache, dass immer mehr Jugendliche den Sportvereinen fernbleiben, entwickelte die SG Marßel zusammen mit dem Jugendfreizeitheim Burglesum, dem Schulzentrum Helsinkistraße und dem Contacta-Bus das oben genannte Projekt. Es soll dem betroffenen Personenkreis die Möglichkeit geben, ohne Vereinsbindung an den Freizeitsport herangeführt zu werden. Den Teilnehmern wird zweimal wöchentlich je zwei Stunden die Möglichkeit gegeben, unter Anleitung von ausgebildeten Übungsleitern verschiedene Sportarten kennen zu lernen. Dieses Angebot wird von ca. 30 bis 40 Jugendlichen angenommen.

Erfolgreich verläuft dieses Projekt aus folgenden Gründen:

- Die Jugendlichen haben gelernt, mit Regeln zu leben und diese zu akzeptieren.
- Zwei Teilnehmer wurden durch dieses Angebot motiviert, den Trainer- und Betreuerschein zu erwerben, um selber Jugendarbeit in der SG Marßel anzubieten.
- Der Verein wurde gebeten, zusätzliche Sportsparten, die bisher nicht vorhanden sind, einzurichten.
- Der Sportverein konnte einige dieser Jugendlichen als neue Mitglieder gewinnen.
- Das Projekt soll auf Kinder und speziell auf Mädchen ausgeweitet werden.

Das Fazit dieses Projektes: Die Jugendlichen erkennen den Sportverein als zusätzliches Freizeitangebot an und nutzen dieses entsprechend.

Psychomotorische Bewegungsförderung

Ein Kooperationsprojekt zwischen Grundschule Landskronastraße, KTH Marßel und Kinder-/Jugendgesundheitsdienst – Schulärztlicher Dienst.

Seit 1997 hat die Grundschule Landskronastraße in Bremen-Marßel psychomotorische Bewegungsförderung in ihr Unterrichtsprogramm aufgenommen, um den Kindern mit motorischen Störungen Möglichkeiten zur Bewältigung anzubieten.

Ein Lösungsansatz mündete darin, mit WIN-Mitteln einen vorhandenen Raum in der Grundschule für die speziellen Anforderungen eines psychomotorischen Unterrichts auszustatten – mit Kletternetzen, Rutschen, Kletterwänden und -tauen, Schaukeln und vielen Kleingeräten zur Schulung des Gleichgewichtssinns und der Tiefensensorik sowie für die taktile Wahrnehmungsverbesserung –, um nur einige Grundsinne zu nennen. Dieser Raum wurde und wird seit Anfang 2000 von KTH und Grundschule gemeinsam genutzt.

Eine gemeinsame Fortbildungsveranstaltung von KTH-Mitarbeiterinnen und Grundschulkolleginnen im Oktober 2001 sicherte den aktuellen Stand psychomotorischer Weiterbildung und öffnete das Thema für alle Mitglieder der beiden Kollegien.

Weiterhin wurde mit WIN-Mitteln ab Oktober 2001 eine Ergotherapeutin mit acht Stunden pro Woche eingestellt, die sich vermehrt um die Kinder mit Einzelförderbedarf bzw. um Kinder mit Mehrfachproblematiken kümmert, deren Eltern nicht eigenständig therapeutische Einrichtungen aufsuchen können.

Diese Zusammenarbeit im Stadtteil zwischen KTH und Grundschule ermöglicht, alle Kinder mit Bewegungsproblemen zu erfassen und mit ihnen zusammen Lösungswege zu entwickeln, bewegungsfreudiger und -sicherer zu werden. Die Kinder werden sicherer in ihrem Körpergefühl; sie trauen sich mehr zu, ihr Gleichgewicht in immer wieder sich ändernden Situationen zu erproben, ihre Geschicklichkeit zu üben und sich insgesamt neue Ziele zu stecken. Zusammen mit der Ergotherapeutin wurden allein in der Grundschule im Schuljahr 2001/2002 bisher 53 Kinder individuell gefördert.

Türkische Familienberatung

Im Dezember 2001 startete im Nachbarschaftshaus Marßel an der Helsingborger Straße das aus Mitteln des Programms „Wohnen in Nachbarschaften“ geförderte Projekt „Türkische Familienberatung“.

Ziel ist, türkischen Familien und deren Mitgliedern ein muttersprachliches Beratungsangebot zu Fragen der kindlichen Entwicklung und Erziehung nahe am Wohn- und Lebensfeld zu machen (Prävention) und die familiäre wie individuelle Integration zu unterstützen. In Kooperation mit dem Kindertagesheim Marßel, dem Förderzentrum Burgdamm, der Grundschule Landskronastraße, dem Projekt Marßel und dem Arbeitskreis „Kinder in Marßel“ wurden Fragen zur Zielsetzung, der Finanzierung, des Standortes usw. geklärt. Aus der Sicht der Berater lässt sich nach ca. eineinhalb Jahren praktischer Arbeit eine positive Zwischenbilanz für das WiN-Projekt „Türkische Familienberatung Marßel“ ziehen.

Nach der Vorstellung des Projekts durch beide Berater in den oben genannten Diensten/Einrichtungen/Arbeitskreisen, einem Tag der offenen Tür, mehreren Pressegesprächen und initiiertes Mundpropaganda kam es zunächst zu einer Welle von Anfragen und Gesprächen.

Einen Schwerpunkt bildet die Beratung türkischer Mütter, davon einige alleinerziehende. Wenn es von den Müttern nicht ausdrücklich verneint wird, nehmen zumindest am Erstgespräch beide Berater teil. Eine Mutter konnte in einen Alphabetisierungskurs vermittelt werden, eine andere ist motiviert worden, sich über weitergehende Erziehungshilfen kundig zu machen.

Einen anderen Schwerpunkt bilden Kooperations- bzw. Überleitungsgespräche im Kindertagesheim und der Grundschule zu sozial- oder verhaltensauffälligen Kindern.

Die in das Projekt eingebundene muttersprachliche Kompetenz erweist sich durchgängig als „Brücke“ für einen vertrauensstiftenden, aufschließenden Zugang zu den familiären Problemlagen und den familiären Ressourcen.

5. Perspektiven

Ein Schwerpunkt der nächsten Jahre ist zunächst in der Verstetigung der langfristigen Projekte zu sehen. Maßnahmen im Handlungsfeld 3 – Wirtschaftliche Effekte und regionale Ökonomie – sind notwendig, um die wohnortnahe Versorgung (gerade auch der älteren Mitbürger) zu sichern. Ebenso müssen Projekte im Handlungsfeld 4 – Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung – entwickelt werden, um die Integration von Zuwanderern zu verstärken. Auffällig ist auch, dass es kaum Freizeitangebote für Kinder bis zu zwölf Jahren gibt. Zudem werden Versorgungsangebote für diese Altersgruppe immer mehr abgebaut. Hier besteht ebenfalls ein hoher Handlungsbedarf.

II.1.9

Projektgebiet

Neue Vahr



Projektkoordination:

Dirk Stöver

Demographische und sozialräumliche Merkmale Neue Vahr/Ortsteile Neue Vahr-Nord, Neue Vahr-Südwest und Neue Vahr-Südost

	Soziale Stadt-Gebiet Neue Vahr	Ortsteile Neue Vahr-Nord, Neue Vahr-Südwest und Neue Vahr-Südost	Bremen-Stadt
Größe in ha	250	250	32663
Einwohnerzahl (12/1999)	19426	19426	540330
Bevölkerungsverlust (1995–1999)	3,7 %	3,7 %	1,64 %
Durchschnittliche Haushaltsgröße (12/1999)	1,9 Personen	1,9 Personen	1,9 Personen
Anzahl der Wohnungen (12/1999)	10200	10200	281204
Arbeitslosenziffer, gemittelt (06/2000)	22,4 %	22,4 %	15,6 %
Anteil der Sozialhilfeempfänger (1999)	17,1 %	17,1 %	9,5 %
Anteil der ausländischen Bevölkerung (12/1999)	15,2 %	15,2 %	12,3 %
Anteil der unter 18-jährigen	17,4 %	17,4 %	16,5 %
Anteil der über 60-jährigen	31,2 %	31,2 %	25,1 %

Quelle: StaLa Bremen und eigene Berechnungen

1. Ausgangslage

Die Errichtung des Wohngebietes lehnt sich an die „Gartenstadtidee“ der 50er Jahre an. Errichtet wurden fünf so genannte Nachbarschaften mit unterschiedlicher Geschossigkeit, sowie als städtebauliche Dominante das 22-geschossige Aalto-Hochhaus.

Zielsetzung des Handlungsprogramms „Wohnen in Nachbarschaften“ war 1998 für das Gebiet Neue Vahr die Sicherung des qualitativ guten Wohnungsbestandes, die Sicherung und Entwicklung der Nahversorgung und des Einkaufszentrums an der Berliner Freiheit, die Aufwertung der in der Neuen Vahr weitläufigen Frei- und Grünflächen und die Anpassung und Differenzierung der sozialen und kulturellen Infrastruktureinrichtungen an die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen, Zuwanderern (besonders aus den ehemaligen GUS-Staaten), älteren Menschen und Familien mit belastenden Lebensbedingungen.

Ferner war in der Vahr die Ausweitung von Spiel-, Sport- und Begegnungsmöglichkeiten, der Aufbau von Beteiligungsmöglichkeiten und nachbarschaftlichen Aktivitäten für die Bewohner ein vorrangiges Ziel.

Zwischenbilanz WiN/Soziale Stadt

Zur Umsetzung dieser Ziele sind folgende Maßnahmen realisiert worden:

- In den vergangenen Jahren wurden von der Wohnungsbaugesellschaft „Gewoba“ erhebliche Mittel in die Sanierung und Modernisierung der aus der Sozialbindung entlassenen Wohnungen investiert und es werden in den nächsten zehn Jahren weitere ca. 50 Millionen € investiert.

- Das Einkaufszentrum an der Berliner Freiheit wird zurzeit neu erbaut und die Einkaufsmöglichkeiten für die Bevölkerung damit erheblich verbessert.
- Mit Unterstützung des WiN-Programmes, Stadtgrün, des Beirates und der Gewoba werden zurzeit die Freiflächen am Vahrer See und am Achterkampsfleet als Treffmöglichkeiten aufgewertet und es werden neue Sitzbänke in ganzen Stadtteil aufgestellt, um vor allem älteren Bewohnern Ruhemöglichkeiten zu bieten.
- Zur Verbesserung der sozialen und kulturellen Infrastruktur trägt die Schaffung verschiedener Treffmöglichkeiten (Nachbarschaftstreff „Waschhaus“, Jugendräume für Zuwanderer in der St.-Hedwig-Gemeinde, Spieltreff Philipp-Scheidemann-Straße) ganz erheblich bei.
- Weiterhin wurden in der Neuen Vahr in den vergangenen Jahren fast alle Spielplätze und Schulhöfe mit Hilfe von WiN saniert und modernisiert, damit war auch die Öffnung von Schulhöfen verbunden.
- Bewohnerbeteiligung hat in den vergangenen Jahren bei der Durchführung der Projekte mit unterschiedlicher Intensität stattgefunden.

2. Bewohnerbeteiligung und Organisation

Durch die Beauftragung des Bürgerzentrums Neue Vahr mit der Durchführung des „Lokalen Management“ zum 1. Januar 2002 werden die Bemühungen um Bewohnerbeteiligung, u. a. durch die Einführung des „Lokalen Forums“, in der 2. Halbzeit des Programms, erheblich verstärkt.

In ca. sechswöchigem Rhythmus werden auch künftig Lokale Foren, auf denen die WiN/Soziale Stadt Projekte vorgestellt werden, stattfinden. Parallel dazu stellen sich alle Projekte auch dem Beirat des Ortsamtes vor.

In dem großen WiN-Gebiet Neue Vahr ist es notwendig die fünf Wohnquartiere (Nachbarschaften) und die Projekte verstärkt miteinander zu verknüpfen, um im direkten Umfeld Beteiligung zu initiieren.

Hier ist besonders die Kooperation mit der Wohnungsbaugesellschaft Gewoba, die in den nächsten Jahren neben der Modernisierung der Wohnungen auch in die Grünflächengestaltung investieren wird (z. B. Themengärten, Kunstobjekte) von Bedeutung. Ein Schwerpunkt wird dabei weiterhin die Beteiligung und somit Integration von Zuwanderern sein.

3. Kooperation

Vereine, soziale und soziokulturelle Einrichtungen, Kommunalpolitik, Ortsamt, Sozialzentrum, Kirchen, Schulen, Bewohner und die Wohnungsbaugesellschaft treffen sich seit über zwanzig Jahren regelmäßig in der Stadtteilkonferenz. Daraus haben sich vielfältige Kooperationsbezüge entwickelt, die auch bei der Entwicklung und Durchführung der WiN-Projekte genutzt werden.

Ferner ist es den verschiedenen Projektträgern in der Neuen Vahr gelungen, auch vor dem Hintergrund der Mittelbündelung, mit Mitteln der Stiftung „Wohnliche Stadt“, der Gewoba, dem Ortsbeirat (Globalmittel), Amt für Soziale Dienste, Stadtgrün und Eigentümern (Kirchen) erhebliche Eigenmittel für die Projekte einzuwerben.

4. Projekte

Nachstehend werden drei erfolgreiche Projekte vorgestellt.

Integrationsprojekt Kinderzirkus Grundschule Paul-Singer-Straße

Seit Beginn des Programms WiN haben Grundschul Kinder verschiedener Herkunft, verschiedenen Alters und intellektueller Fähigkeiten die Möglichkeit, mit Unterstützung eines Artisten besondere Gemeinschaftserlebnisse über Zirkusauftritte in Schulen und im Stadtteil zu erhalten.

Treffpunkt BOBS

Der Schulhof an der Betreuungsschule Otto-Braun-Straße wurde u. a. durch den Aufbau einer Skateranlage und der Ausstattung mit attraktiven Sportmöglichkeiten zu einem stark besuchten Treffpunkt für Kinder und Jugendliche, durch Öffnung des Schulhofes auch am Nachmittag.

Neue Wege der Integration von jugendlichen Aussiedlern

In diesem Projekt wurden in der katholischen Kirche sanierungsbedürftige Jugendräume mit Eigenmitteln, WiN-Mitteln und Honorarmitteln des Amtes für Soziale Dienste unter Beteiligung einer Gruppe jugendlicher Zuwanderer aus Polen renoviert. Seither konnten die Räume für die Jugendlichen wieder regelmäßig geöffnet werden.

5. Perspektiven

Die Zielsetzungen können für die kommenden Jahre mit folgenden Stichpunkten umrissen werden:

- Stärkung der Nachbarschaften,
- Aktivierung und Beteiligung der Bevölkerung bei zukünftigen Projekten verstärken,
- Diskussion der Zukunftsperspektiven der Vahr (Zukunftswerkstatt),
- Kooperation mit der Wohnungsbaugesellschaft Gewoba bei den umfangreichen Sanierungsvorhaben mit dem Schwerpunkt Bewohnerbeteiligung,
- Entwicklung integrativer Projekte, insbesondere für die Bevölkerungsgruppe der Zuwanderer.

II.1.10

Projektgebiet

Osterholz-Tenever



Projektkoordination:

Hella Poppe

Joachim Barloschky

Demographische und sozialräumliche Merkmale Osterholz-Tenever/Ortsteil Tenever

	Soziale Stadt-Gebiet Osterholz-Tenever	Ortsteil Tenever	Bremen-Stadt
Größe in ha	78,6	254	32663
Einwohnerzahl (12/1999)	6705	12002	540330
Bevölkerungsverlust (1995–1999)		11,5 %	1,64 %
Durchschnittliche Haushaltsgröße (12/1999)		2,6 Personen	1,9 Personen
Anzahl der Wohnungen (12/1999)		4676	281204
Arbeitslosenziffer (06/2000)		25,1 %	15,6 %
Anteil der Sozialhilfeempfänger (1999)		28,4 %	9,5 %
Anteil der ausländischen Bevölkerung (12/1999)	35,5 %	27,3 %	12,3 %
Anteil der unter 18-jährigen	34,9 %	30,4 %	16,5 %
Anteil der über 60-jährigen	15,5 %	18,4 %	25,1 %

Quelle: StaLa Bremen und eigene Berechnungen

1. Ausgangslage

Tenever ist hoch, jung, international und arm – es ist die Heimat von 6.500 Menschen, die ein lebendiges Gemeinwesen bilden.

Tenever wurde als Demonstrativbauvorhaben des Bundes bis Mitte der 70er Jahre mit 2.650 Wohneinheiten in fünf- bis 21-geschossigen Gebäuden erbaut. Seit 1989 wurden zahlreiche Nachbesserungsmaßnahmen durchgeführt.

Die meisten Gebäude sind inzwischen in einem schlechten baulichen Zustand, der Ortsteil hat ein sehr schlechtes Image in der Gesamtstadt. Seit den 80er Jahren haben die Besitzverhältnisse eines großen Teils der Gebäude immer wieder gewechselt, bis schließlich der letzte Eigentümer von 60 % der Wohneinheiten Mitte der 90er Jahre Konkurs anmelden musste. Seither steht dieser Teil unter Zwangsverwal-

tung und wird nicht mehr ausreichend in Stand gehalten. Auch die Vorbesitzer haben wenig investiert. Dies führte auch zu einer Fluktuation von bis zu 25 % im Jahr und bereits Mitte der 80er Jahre zu hohen Leerständen (heute fast 40 %).

70 % der Bewohner/-innen sind Migranten, Ausländer und Aussiedler aus über 70 Nationen,

- ein Drittel der Bevölkerung ist unter 18 Jahren alt,
- Tenever ist der kinderreichste Ortsteil Bremens,
- ein Drittel der Bevölkerung ist auf Sozialhilfe angewiesen.

Bei einem von der Sozialbehörde herausgegebenen Index von Sozialindikatoren nimmt Tenever den ersten Rang unter den benachteiligten Quartieren ein.

Für die Entfaltung des WiN-/Soziale-Stadt-Programms war es sicherlich von Vorteil, dass sich in Tenever im Rahmen des Nachbesserungsprogrammes dieser Großwohnanlage ein tragfähiges Netzwerk mit sehr engagierten Bewohner/-innen herausgebildet hat. Stadtteilgruppe, Bewohnertreff sowie der Arbeitskreis Tenever als Selbstorganisation der sozialen Einrichtungen bilden den Kern dieses Netzwerkes.

Der schlechte bauliche Zustand ist das größte Problem in diesem Stadtteil.

Ziel der WiN-Projekte war und ist

- die Verbesserung der Wohnsituation,
- des Images,
- der Ausbau der Infrastruktur,
- eine Erhöhung der Identifikation mit dem Ortsteil,
- die weitere Integration des hohen Migrantenanteils.

Zwischenbilanz WiN/Soziale Stadt

Die Stadtteilgruppe Tenever hat nach drei Jahren Laufzeit eine positive Zwischenbilanz des WiN-/Soziale-Stadt-Prozesses gezogen:

- Reale Verbesserungen für das Alltagsleben im Quartier wurden erreicht. So wurden 75 kleinere und größere Projekte in den vorangegangenen drei Jahren realisiert.
- Die Stadtteilgruppe hat sich zu einem lokalen Forum aller Akteure des Gemeinwesens entwickelt, in dem Konsens erreicht werden kann.
- Freie Träger, Einrichtungen, Ämter und Bewohner wurden durch den WiN-Prozess und die mögliche Anschub-/Ergänzungsfinanzierung ermutigt, Projekte zu entwickeln und zum Teil mit den Bewohnern umzusetzen.
- Der WiN-Prozess leistet einen wichtigen Beitrag zur Ergänzung und Ausgestaltung der geplanten Sanierung der „Krause-Wohnungen“ in Tenever.

2. Bewohnerbeteiligung und Organisation

Stadtteilgruppe

Im Vordergrund der Bewohnerbeteiligung steht in Tenever die Stadtteilgruppe. Je nach Thematik nehmen zwischen 40 und 60 Menschen an den sechswöchig stattfindenden Sitzungen teil.

Die gute Beteiligung ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen:

- Die Stadtteilgruppe Tenever hat eine über zehnjährige Tradition, in diesem Jahr wird die 100. Sitzung stattfinden.
- Auf Wunsch der Bewohner/-innen wurde der feste erste Tagesordnungspunkt „Aktuelle Fragen und Probleme“ eingeführt, bei dem die Bewohner/-innen alle Wünsche und Sorgen, die sie auf dem Herzen haben, los werden können. Wenn es zum Beispiel um Probleme mit der Wohnungsbaugesellschaft oder Ämtern geht, können diese sofort Stellung dazu beziehen. Die gemachten Zusagen werden in der nächsten Sitzung angesprochen und deren Umsetzung überprüft.
- Auch über die sozialen Einrichtungen werden die Bewohner/-innen einbezogen.

Beteiligung bei Projekten

Grundsätzlich sind WiN-Projekte nicht nur in der Stadtteilgruppe vorzustellen, sondern müssen auch an ihrem konkreten Umsetzungsort mit den Betroffenen (Nutzer und Akteure) besprochen, diskutiert und

überarbeitet werden. Wenn zum Beispiel ein Spielplatz geplant wird, werden natürlich die Kinder in die Planungen mit einbezogen. Oder bei der Sanierung von Häusern werden Klingelaktionen, Hausversammlungen und Infostände in Eingangsbereichen durchgeführt; dabei erreicht man oftmals eine hohe Anzahl der Bewohner/-innen.

Bewohnertreff

Seit über zehn Jahren gibt es einen offenen Treff für Bewohner aus dem Stadtteil, mit dem die Projektgruppe Tenever (bestehend aus zwei Fachkräften des Amtes für Soziale Dienste und des Amtes für Stadtplanung und Bauordnung) regen Kontakt hält.

Bei der Stadtteilgruppe sind Vertreter des Bewohnertreffs immer anwesend. Sie setzen sich auch mit den Projekten in ihren eigenen Treffen und auf Seminaren auseinander und haben schon manche sehr gute Verbesserungsvorschläge eingebracht. Außerdem berichtet der Quaak-Kanal (ein Bewohnermagazin im Offenen Kanal Bremen) über das Leben und die vielen Projekte in Tenever.

3. Projekte

Kinderbauernhof Tenever

Das Projekt Kinderbauernhof Tenever befindet sich in der Realisierung. Zur Vorbereitung und Verankerung in der Bevölkerung fand im letzten Jahr bereits eine Aktionswoche auf dem zukünftigen Gelände statt, an dem viele Kinder aus dem Stadtteil teilnahmen. Unter anderem wurde dabei auch der erste Bauwagen verschönert. Gerade in dem baulich verdichteten „Betonviertel“ Tenever ist es für die Kinder wichtig, Kontakt zu Natur und zu Tieren zu bekommen. Im pädagogischen Konzept ist auch vorgesehen, den Kindern Verantwortungsbereiche zu übertragen. Damit können die Kinder gemeinschaftliches Arbeiten und Spielen trainieren. Dies wird einen Beitrag zur Integration leisten, nachbarschaftliches Zusammenleben und Identifikation mit dem Stadtteil fördern und das Image Tenevers aufbessern. Bewohner unterstützen mit Ideen, handwerklichen Beiträgen und praktischem Engagement die Realisierung.

Umweltlernwerkstatt

Die Umweltlernwerkstatt ULE ist eines der erfolgreichsten Projekte in Tenever. In den beiden letzten Jahren besuchten ca. 6.000 Kinder die Einrichtung im Rahmen der Umweltbildungs-Aktivitäten. Dabei wurden nicht nur Menschen aus Tenever erreicht, sondern auch aus anderen Stadtgebieten, was sicher auch das negative Bild von „Klein-Manhattan“ in der Gesamtstadt verändern wird. Unter anderem gab es Projekte zu „Frühjahrsblühern“, „Dinosaurier, Faustkeile und Fossilien“, „Walddetektive auf Spurensuche“, „Osterbräuche aus aller Welt“, „Bewegungsspiele in der Natur“, „Naturerlebnismittag“, „Wind und Wetter“, „Wunderwelt der Kläranlage“, „Aus Holz wird Humus“.

Spielplatz Neuwieder Straße 1 und 3

Der alte Spielplatz befand sich in einem sehr schlechten Zustand, die Geräte mussten teilweise abgebaut werden, damit sich die Kinder daran nicht verletzen. Die Neugestaltung war ein dringendes Anliegen der Bewohner/-innen. Bei diesem Projekt ist es gelungen, dass erforderliche Eigenmittel durch den Eigentümer bereit gestellt wurden.

Für die Planungen wurde eine Zukunftswerkstatt von der Initiative „Spielräume schaffen“ mit vielen Kindern aus den beiden angrenzenden Häusern durchgeführt. Es wurden Modelle gebaut, Pläne erstellt und viele Ideen geäußert, die in den Entwurf einbezogen wurden. So entstand eine Spielburg, die Ende letzten Jahres eingeweiht werden konnte. Die Anlage wird sehr gut angenommen.

Aktion Picobello

Im Jahr 2002 fand zum dritten Mal die Aktion Picobello in Tenever statt. Die große Aufräum- und Pflanzaktion wird von vielen jungen und alten Teneveraner/-innen wahrgenommen. Mit diesem Projekt soll der Stadtteil nicht nur gereinigt und begrünt, sondern auch das Verhältnis der Bewohner zu Müll und dem Wohnumfeld nachhaltig verändert werden. Für die rege Teilnahme und den Umfang der Aktion gab es auch schon einen Eintrag in das Bremer Buch der Rekorde „Bremissimo“.

4. Kooperation und Mittelbündelung

Fast alle Projekte werden in Kooperation mit verschiedenen Trägern und die Finanzierung in Kombination von verschiedenen Mitteln geplant und durchgeführt.

Ein gelungenes Beispiel für die Partnerschaft von Bürgern, Wirtschaft, Verwaltung und Politik ist die jetzt fertiggestellte Treppe zum Marktplatz Tenever. Auf Initiative der Gewerbetreibenden in Tenever, der Gewoba und von Bürgern und Beirat Osterholz hat der damals in Tenever tätige Architekt Pekka Tanner die ersten Planungen erstellt, die dann später vom Amt für Straßen und Verkehr als Bauherr in modifizierter Form umgesetzt wurden. Diese neue Wegeverbindung auch zum angrenzenden Quartier wurde finanziert durch Spenden der Gewoba, der Interessengemeinschaft Tenever-Zentrum, der Bremer Bäder und des Fördervereins sowie des Beirats Osterholz, des Senators für Wirtschaft, der Stiftung Wohnliche Stadt und eben aus WiN-/Soziale-Stadt-Mitteln.

5. Perspektiven

Viele neue Projekte sind bereits in Planung. Wesentlich aber wird es in Zukunft sein, entwickelte und erprobte Projekte zu verstetigen.

Mittlerweile hat sich das WiN-Programm bewährt, so dass die vielen Projektträger, die sich in Tenever engagieren, mehr interessante und sinnvolle Projekte entwickeln. Diese können mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht ausreichend gefördert werden. Selten kommt es daher zu einer 50-prozentigen Finanzierung. Bereits in den letzten Jahren reichten die Mittel nicht aus, so dass in einem demokratischen Prozess gemeinsam mit der Stadtteilgruppe Lösungen gefunden werden mussten, die in der Regel nicht unerhebliche Kürzungen für alle Projektträger zur Folge hatten.

Damit Tenever seiner Aufgabe als familienfreundlicher Integrationsstadtteil gerecht werden kann, ist die geplante städtebauliche Sanierung von zentraler Bedeutung.

Das Programm WiN/Soziale Stadt kann diese Perspektive sinnvoll ergänzen und unterstützen. Wichtig sind dabei vor allem Maßnahmen wie der Ausbau der Conciergen in den Hochhäusern, die Stärkung der familienorientierten Arbeit, Maßnahmen im Wohnumfeld sowie Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für die Teneveraner.

Durch die Maßnahmen soll in den nächsten Jahren das Leben in Tenever attraktiver und lebenswerter gestaltet werden, damit die Menschen sich hier wohl fühlen und gerne in Tenever wohnen. Verstärkt wird die Verstetigung erfolgreicher und bewährter Projekte im Vordergrund stehen.

II.1.11

Projektgebiet

Sodenmatt/Kirchhuchting



Projektkoordination:

Inga Neumann

Demographische und sozialräumliche Merkmale Sodenmatt/Kirchhuchting
Ortsteile Sodenmatt und Kirchhuchting

	Soziale Stadt-Gebiet Sodenmatt/ Kirchhuchting	Ortsteile Sodenmatt und Kirch- huchting	Bremen-Stadt
Größe in ha	354,3	514	32663
Einwohnerzahl (12/1999)	14739	14739	540330
Bevölkerungsverlust (1995–1999)		2,7 %	1,6 %
Durchschnittliche Haushaltsgröße (12/1999)		2,1 Personen	1,9 Personen
Anzahl der Wohnungen (12/1999)		6836	281204
Arbeitslosenziffer, gemittelt (06/2000)		16,2 %	15,6 %
Anteil der Sozialhilfeempfänger (1999)		13,4 %	9,5%
Anteil der ausländischen Bevölkerung (12/1999)	12,9 %	12,9 %	12,3 %
Anteil der unter 18-jährigen	19,6 %	19,6 %	16,5 %
Anteil der über 60-jährigen	28,4 %	28,4 %	25,1 %

Quelle: StaLa Bremen und eigene Berechnungen

1. Ausgangslage des Gebietes

Das Gebiet besteht aus einer Mischbebauung mit Einzelhäusern, Reihenhäusern und vier- bis achtgeschossigen Wohngebäuden der 60er Jahre. Insgesamt finden wir hier rund 3000 Wohneinheiten.

Das Projektgebiet umfasst die zwei Ortsteile Sodenmatt und Kirchhuchting.

Im Ortsteil Sodenmatt ist der relativ niedrige Bildungs- und Einkommensindex auffällig. Der Ausländeranteil beträgt im Bereich Den Haager Straße zurzeit 26,6 %. Der Ortsteil wird durch die überdimensionierte Heinrich-Plett-Allee geteilt.

Im Ortsteil Kirchhuchting mit einem Ausländeranteil von 18,5 % sind Konflikte zwischen verschiedenen Jugendcliquen unterschiedlicher kultureller Herkunft auffällig. Der Bereich Amsterdamer/Utrechter Straße gilt (immer noch) als sehr belastet und hat ein schlechtes Image. Hier leben viele kinderreiche Migranten- und Aussiedlerfamilien. Es besteht ein hoher Bedarf an Integrationsleistungen sowie Förderung von nachbarschaftlichen Aktivitäten.

Zwischenbilanz WiN/Soziale Stadt

WiN-Ziele sind die Aufwertung von öffentlichen Flächen und Einrichtungen sowie der Ausbau vorhandener Infrastruktur. Differenzierung der Aktivitäten mit Jugendlichen, Durchführung von Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen sowie die Förderung von Bewohneraktivitäten und Selbstorganisation sind weitere wesentliche Zielsetzungen.

WiN-/Soziale-Stadt-Projekte konnten diesen Zielen in vielen Aspekten gerecht werden. Insbesondere die bauliche Situation hat sich bereits durch die Nachbesserungsprojekte in beiden Ortsteilen deutlich verbessert. Die Verbesserung des Sodenmattmarktes als ein WiN-/Soziale-Stadt-Projekt hat für Sodenmatt/Kirchhuchting eine besonders große Bedeutung, da in den letzten Jahren mehrere Lebensmittelgeschäfte mit Frischwaren geschlossen wurden und dies zu einer Verschlechterung der Infrastruktur geführt hat.

Außerdem sind mehrere Projekte im Bereich Jugendarbeit sowie Projekte mit Beschäftigungsträgern gefördert worden.

2. Bewohnerbeteiligung und Organisation

Die Aktivierung und Beteiligung der Bewohner am öffentlichen Leben konnte in beiden Ortsteilen schrittweise umgesetzt werden. Bewohnerbeteiligung erfolgt überwiegend projekt- oder anlassbezogen bei Aktionen und Treffen zu bestimmten Themen (Wohnhof, Spielbereich etc.) bzw. beim jährlichen Stadtteil- und Mieterfest. Im Bewohnertreff Utrechter Straße (Kirchhuchting) sowie Bewohnertreff Den Haager Straße (Sodenmatt) treffen sich verschiedene Bewohnergruppen, teilweise durch eine ABM-Kraft begleitet.

Ein umfassender Beteiligungsprozess (Zukunftswerkstatt mit Kindern, Elternbauaktionen) wurde u. a. bei der Umgestaltung des Bürger- und Sozialzentrum (bus) -Spielbereiches durchgeführt. Aktivierende Bewohnerbefragungen wurden im Wohnquartier Kirchhuchting sowie Sodenmatt vorgenommen. Auf dem Gelände des bus sowie dem Hallenbad Delfter Straße sind jeweils Nutzerbefragungen erfolgt. Zudem finden alljährlich Sommerferienaktivitäten mit Bewohner/-innen statt. Die Mieterinitiative Sodenmatt und andere Ansprechpersonen übernehmen in den Wohnquartieren wichtige Multiplikatorenfunktion. Die Mieterinitiative Sodenmatt trifft sich regelmäßig jeden 1. Donnerstag im Monat, sie organisiert ein jährliches Mieterfest, Laternelaufen und weitere Bewohneraktivitäten.

Die Stadtteilgruppe als beschlussfassendes Gremium der WiN-Projekte tagt ca. vier bis sechs Mal im Jahr im Bürger- und Sozialzentrum (bus), Amersforter Straße 8, Pavillon H.

3. Kooperation und Mittelbündelung

Zur besseren Kooperation und Bündelung der Kräfte vor Ort war 1999 das WiN-Programm Anlass, eine WiN-Arbeitsgruppe zu gründen. Diese AG trifft sich regelmäßig einmal im Monat, hat bisher zwei Wochenendseminare durchgeführt (Themen: Bedarfserhebungen und Entwicklungspotentiale in Kirchhuchting/Sodenmatt, Qualifizierung von Bewohnerbeteiligungsprozessen) und begleitet den WiN-Prozess. Die Teilnehmer/-innen setzen sich aus Vertretern verschiedener sozialer und kultureller Träger, Initiativen, Vereine, Schulen, Polizei, Ortsamt, Beirat, Gewoba usw. zusammen. Aus diesem Kreis sind sehr wichtige Impulse, Hilfestellungen und Unterstützung zur Weiterentwicklung vieler WiN-Projekte aber auch anderer Stadtteilaktivitäten gekommen. Durch eine intelligente Nutzung der Ressourcen des Stadtteils konnten Mittel gebündelt und gezielt eingesetzt werden. Es ergeben sich neue, zusätzliche Projekte/Angebote für das Quartier, z. B. Stadtteilfest am Sodenmattsee, Aktivitäten Huchtinger Dorfplatz, Qualifizierung der Fachkräfte zum Thema Bewohnerbeteiligung etc., die es sonst nicht geben würde. Hier sind Synergieeffekte deutlich zu verzeichnen. Diese Aktivitäten sind ein Beitrag zur nachhaltigen positiven Quartiers- und Stadtteilentwicklung.

4. Projekte

Neugestaltung des Spielplatzes beim Bürger- und Sozialzentrum

Der Spielbereich ist öffentlich und wird regelmäßig von Kindern des Kinderladens und des Mütterzentrums, aus dem Haus der Familie und dem Wohnquartier genutzt. Mit den Kindern wurden durch den Besuch auf anderen Plätzen Anregungen für eine phantasievolle, interessante Gestaltung des eigenen Spielbereiches gesammelt. In einer Zukunftswerkstatt haben die Kinder nach einer ersten Kritik- und Meckerphase ihre Ideen für ihren Spielplatz in Form von Modellen gebaut und anschließend öffentlich präsentiert. Dies war Grundlage für die Planer zur Erstellung eines ersten Entwurfs, der dann noch mehrmals mit den Kindern diskutiert und verändert wurde. Bei der Umsetzung der Baumaßnahme haben sehr viele Eltern an mehreren Wochenenden unter Anleitung des Projektträgers Arbeit und Ökologie mit viel Schweiß und Spaß tatkräftig mitgearbeitet. Die Zusammenarbeit aller beteiligten Fachkräfte war sehr gut, die Kompetenzen der Bewohner wurden genutzt, Kräfte gebündelt – der Spielbereich wird sehr gut angenommen.

Trendsportanlage Schulzentrum Willakedamm

Zu verschiedenen Anlässen wurde im Stadtteil immer wieder das Fehlen von Treffpunkten für Kinder und Jugendliche beklagt. Das SZ Willakedamm initiierte daraufhin das Freizeit- und Sportprojekt auf dem Gelände des Schulhofes. An der Planung waren Kinder und Jugendliche beteiligt, die Wünsche nach Skating, Streetball, Volleyball und Fußball konnten umgesetzt werden. Das Projekt hat einen anerkannten Bedarf im Stadtteil aufgegriffen und einen wichtigen Beitrag zur präventiven Jugendarbeit geleistet. Vorhandene Schulflächen, die sonst nachmittags brach lagen, konnten für das Projekt genutzt werden. Das Projekt ist ein Beitrag zur Öffnung der Schulen in den Stadtteil. Auch nach nunmehr fast zweieinhalbjähriger Laufzeit wird das Angebot sehr gut angenommen. Konflikte mit Nachbarn bezüglich der Lautstärke wurden konstruktiv gelöst.

Huchtinger Greenteam

Die Reduzierung von Schmutz und Dreck sowie die optisch sichtbare Verschönerung des Wohnquartiers ist ein wichtiges Anliegen der Huchtinger Bevölkerung. Der Huchtinger Beschäftigungsträger Arbeit & Ökologie hat bereits 1999 hierzu erste Vorschläge entwickelt, seit November 2000 gibt es das „Huchtinger Greenteam“. Die zentrale Aufgabe ist die Verschönerung und Aufwertung von „Problemzonen“, um damit einen Beitrag zur Imageverbesserung zu erbringen. Die Stadtteilgruppe hat Anfang 2002 bestätigt, dass das äußere Erscheinungsbild in den WiN-Gebieten durch das Projekt deutlich verbessert worden ist. Die „Greenteam-Männer“ sind Bewohner des Stadtteils, erhalten von Anwohner/-innen Anerkennung und haben darüber eine hohe Identifikation mit ihrer Tätigkeit, dem Projekt und „ihrem“ Quartier entwickelt. Besonders nachhaltig ist die Reduzierung der eingesammelten Müllgesamtmenge auf ein Viertel der Menge seit Projektbeginn. Besucher z. B. des Sodenmattsees genießen die sauberen Grünanlagen und sammeln nunmehr immer häufiger ihren Müll selbständig ein. Parallel dazu ist ein Klärungsprozess initiiert worden, in dem ab Sommer 2002 ENO, Stadtgrün und das Amt für Straßen und Verkehr ihre Aufgabenteilung zu diesem Aspekt überarbeiten.

5. Perspektiven

Die Entwicklung und Qualifizierung von Bewohneraktivierungs- und -beteiligungsprozessen mit dem Ziel einer nachhaltigen Mitwirkung der Bewohner/-innen an der Quartiersentwicklung ist ein wesentliches Anliegen. Die Weiterentwicklung der Vernetzung der unterschiedlichen Akteure vor Ort ist dazu erforderlich. Initiierung und Durchführung von entsprechenden (Aktivierungs-) Projekten, das Aufgreifen anerkannter Bedarfe, Nutzung der Synergieeffekte sind wesentlich, dazu gehört auch die Kooperationen mit Gewerbe/Wirtschaft (z. B. am Huchtinger Dorfplatz).

Sodenmatt und Kirchhuchting werden auch in Zukunft erhebliche Integrationsleistungen zu erbringen haben. Insbesondere die Bereiche Den Haager Straße sowie Amsterdamer Straße sind weiterhin belastete Quartiere mit „schlechtem Image“, in denen es nötig ist, erreichte Verbesserungen zu erhalten und auch weiterhin zu unterstützen. Deshalb ist es erforderlich, die durch WiN/Soziale Stadt initiierten Verbesserungen weiterzuentwickeln und zu verstetigen.

Konkret geplante neue Maßnahmen sind u. a.

- ein Musikprojekt für benachteiligte Kinder im Vorschulalter,
- die Attraktivierung und Bespielung der Freilichtbühne auf dem bus-Gelände,
- die aktive Unterstützung der Stiftung Bürgerstadt,
- eine weitere Qualifizierung zum Thema Bürgeraktivierung, Durchführung von Partizipationsprojekten,
- Aktionen auf dem Huchtinger Dorfplatz (Frühlingsfest, Pfingstbaumsetzen, Teilnahme der Vereine und Träger an der 1. Huchtinger Gewerbeschau, Fahrradtag),
- Verbesserung „Böses Park“/Anbindung Luneplate an Huchtinger Dorfplatz.

II.2 Finanzierungsübersicht

Nachfolgend wird der Mitteleinsatz der Programme „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ und „Soziale Stadt“ nach Antragszahl, Gesamtkosten und Anteil der Grundfinanzierung dargestellt, sowie die bewilligten Anträge den sechs ausgewiesenen Handlungsfeldern zugeordnet. Um die Struktur der Mittelbündelung zu veranschaulichen, werden außerdem die Finanzierungsanteile an Hand des Programms „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ aufgezeigt.

II.2.1 Grundfinanzierung und Ergänzungsfinanzierung

Bis zum 30. Juni 2002 wurden 444 Anträge und damit Zuschüsse aus den beiden Programmen in Höhe von insgesamt ca. 6,5 Mio. Euro bewilligt. Mit diesen 6,5 Mio. Euro wurden über 12 Mio. Euro „Grundfinanzierung“ ergänzt (Grundfinanzierung: Eigenmittel der Projektträger, Drittmittel, sowie Leistung aus „unentgeltlicher Arbeit“), so dass in den zehn Gebieten insgesamt für 18,6 Mio. Euro Projekte finanziert werden konnten. Das heißt, die 444 Anträge mit 18,6 Mio. Euro Gesamtkosten wurden zu 65 % „grundfinanziert“ und mit 35 % über die Ergänzungsfinanzierung bezuschusst.

Das Budget der beiden Programme mit diesem Finanzvolumen von rund 10 Mio. Euro für die Jahre 1999 bis 2002 wurde insgesamt noch nicht vollständig verpflichtet. Es sind zurzeit allerdings weitere Projekte mit einem Mittelbedarf von rund 3,5 Mio. Euro aus der Ergänzungsfinanzierung in der Planungsphase oder stehen unmittelbar vor ihrer Umsetzung, d. h. diese Restmittel werden voraussichtlich bis Ende 2002 in Projekten gebunden sein.

II.2.2 Finanzierung nach Gebieten

Die Statistik gibt, neben der Information über den Mittelfluss (wo welche Mittel in welcher Höhe eingesetzt wurden), ein überschaubares Resümee der Finanzstrukturen und diesbezüglich über die gesamten Programmaktivitäten.

Festzustellen ist, dass die Ergänzungsfinanzierung aus den Programmen in allen Gebieten mit einer Ausnahme relativ gleichmäßig eingesetzt worden ist. Eine Abweichung davon ist in Hemelingen festzustellen. Dort ist die Ergänzungsfinanzierung geringer beansprucht worden, da dieses Gebiet zeitweilig nicht von einem Koordinator betreut wurde. Seit Anfang 2002 konnte dort das Stadtteilmanagement wieder sichergestellt werden. Es ist absehbar, dass die Betreuung des Gebietes mit einem Koordinator den Mittelabfluss deutlich forcieren wird.

Bewilligte Anträge nach Gebieten (Stand: 30. Juni 2002)

Angaben in Tausend €

	Anzahl der Projekte	Gesamtkosten	Grund- finanzierung	WiN/Soziale Stadt Ergänzungs- finanzierung
Marßel	44	1.473	652	821
Lüssum-Bockhorn	62	2.305	1.583	722
Gröpelingen	50	1.884	1.173	711
Osterholz-Tenever	76	3.228	2.542	686
Grohner Düne	32	1.328	651	677
Neue Vahr	45	1.971	1.307	664
Blockdiek	38	1.813	1.159	654
Sodenmatt/Kirchhuchting	31	1.561	910	651
Kattenturm	47	2.251	1.653	598
Hemelingen	19	806	486	320
Summe:	444	18.620	12.116	6.504

Budget 1999 bis einschließlich 2002: 10.042.000 Euro

Anmerkung: In Gebieten, in denen die WiN-/Soziale-Stadt-Ergänzungsfinanzierung größer ist als die Grundfinanzierung, sind hier z. B. Baumaßnahmen zu 100 % mit Mitteln aus dem Programm „Soziale Stadt“ finanziert worden.

Die nachfolgende Tabelle beinhaltet die Zahlen der vorstehenden Tabelle in visueller Darstellung:

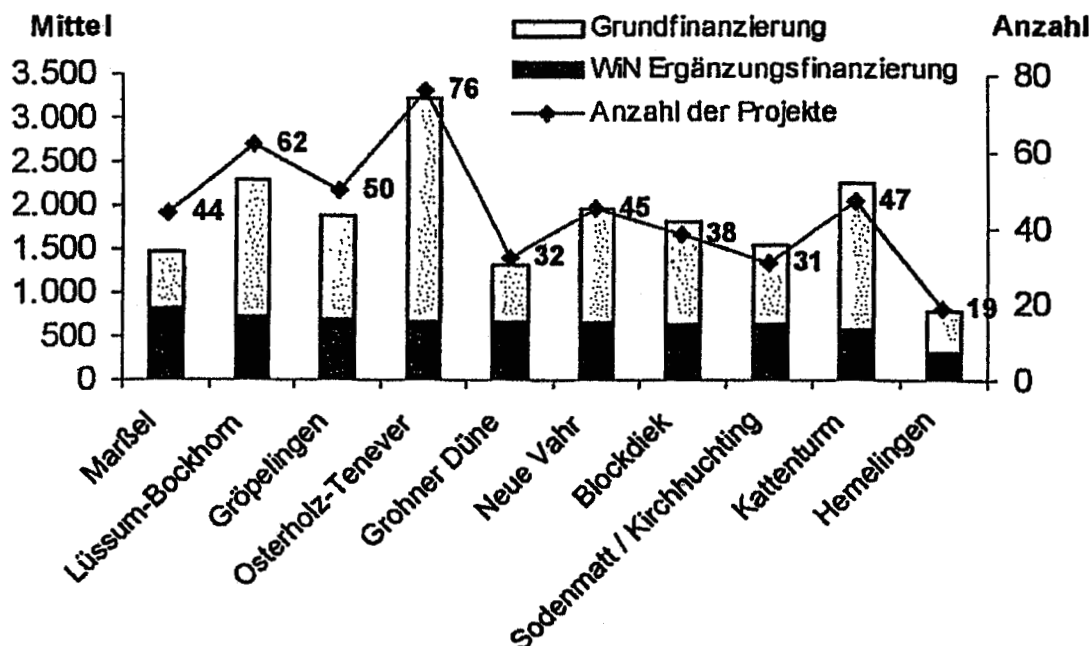


Tabelle und Säulendiagramm zeigen die Mittelverteilung in den Projektgebieten.

Zwischen den drei dargestellten Merkmalen

- Grundfinanzierung,
- Ergänzungsfinanzierung und
- Zahl der Projekte

gibt es keine kausalen Zusammenhänge, da sich die Projekte jeweils nach den vorhandenen Defiziten richten.

Das heißt, Projektziele, Projektgröße und die real vorhandenen Möglichkeiten bestimmen die Projektantragsstruktur in jedem Gebiet ebenso wie die Kosten der jeweiligen Projekte. Eine bauliche Maßnahme kann wesentlich kostenintensiver sein als z. B. ein Projekt, dessen Aufgabenstellung es ist, organisatorische Dinge umzusetzen oder Kommunikations- und Integrationsdefizite zu beheben.

Die drei Merkmale können auch nicht dafür benutzt werden, Gebiete untereinander zu vergleichen, da in diesem Zusammenhang natürlich der Zeitpunkt der Umsetzung von Bedeutung ist.

Projektgebiete deren gravierende Mängel bereits ausgeglichen werden konnten, z. B. Projektgebiete aus dem „Nachbesserungsprogramm“ von Großsiedlungen, werden zum Ende ihrer Laufzeit eher viele kleinere Projekte planen und umsetzen. Bauliche Maßnahmen mit höheren Projektkosten werden eher zu Beginn der Laufzeit durchgeführt. Ebenso ändert sich das Engagement bzw. die Möglichkeiten der potentiellen Projektträger. Durch veränderte Schwerpunktsetzung der Bewohnerinnen und Bewohner in den jeweiligen Gebieten wird die Projektstruktur und deren (Reihen-) Folge ständig modifiziert.

Eine Gesamtbilanz wird – auch gebietsbezogen – nach Programmende gezogen.

II.2.3 Bewilligte Anträge nach Handlungsfeldern Programme „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ und „Soziale Stadt“

Die Aussagekraft der Handlungsfelder hinsichtlich der Projektinhalte, deren Zuordnungen zu Ressortbereichen oder auch im Bezug auf die Wirkungen in den jeweiligen Gebieten ist begrenzt. Ebenso beschreiben die Handlungsfelder nur unzulänglich die Interdependenz von Aktivitäten in den Gebieten: Beide Programme, sowohl „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ als auch „Soziale Stadt“ fordern eine möglichst effektive Verknüpfung von Projektzielen. Diese Prämisse wird auch durch die Projekte in der Regel vor Ort erfolgreich verwirklicht. Entsprechend kommt einer qualitativen Bewertung der Aktivitäten eine hohe Bedeutung zu, die sich durch eine Operationalisierung über diese Handlungsfelder sehr eingeschränkt erfassen lassen. Diese Lücke soll mit der geplanten Evaluation geschlossen werden.

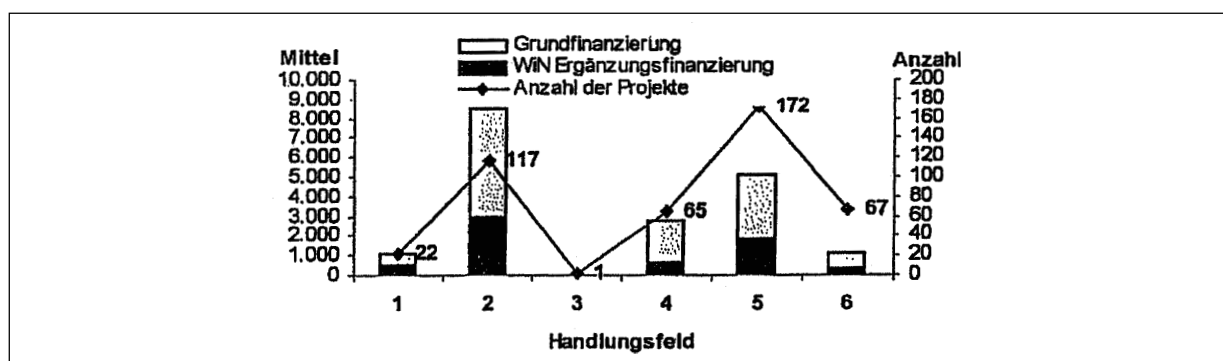
Die Aggregation und Darstellung der Handlungsfelder basiert auf den folgenden Festlegungen zu Programmbeginn und Konkretisierungen im Programmverlauf:

- Handlungsfeld 1 (Wohnungsbestand und Neubau):
Investive Maßnahmen an und in Gebäuden, sowie im Außenbereich (z. B. Umgestaltung von Eingangsbereichen/Hauseingängen, Erneuerung von hausnahen Spielbereichen, Einrichtung von abschließbaren Müllsammelbehältern).
- Handlungsfeld 2 (Städtebau):
Investive Projekte, die übergreifend für das gesamte Gebiet eine Wirkung entfalten und das Infrastrukturangebot bereichern (z. B. Umbau von Waschwäusern, Schulhofumgestaltungen, Skaterbahnen, Aufbau von Spiel- und Freizeitanlagen).
- Handlungsfeld 3 (Wirtschaftliche Effekte und regionale Ökonomie):
Projekte, die direkt lokale Wirtschaft fördern.
Hier gibt es allerdings erst das Projekt „Bauernmarkt auf Huchtinger Dorfplatz“, das die Direktvermarktung von Lebensmitteln von und für die Region unterstützend initiieren soll. Indirekte Wirkung in diesem Handlungsfeld entfalten außerdem Projekte in den Bereichen Bildung, Qualifizierung und Arbeitsbeschaffung.
- Handlungsfeld 4 (Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung):
Projekte zur beruflichen und schulischen Qualifizierung, z. T. Erwerb von Schlüsselqualifikationen (Sprache) wie z. B. Internet-Cafés, Berufsberatung, Sprachunterricht, Qualifizierungsangebote für Langzeitarbeitslose.
- Handlungsfeld 5 (Gemeinwesenbezogene Prävention und Integration):
Überwiegend konsumtive Projekte, die geeignet sind, das soziale Zusammenleben der Bewohner zu fördern sowie einzelne Bevölkerungsteile gezielt zu integrieren (z. B. Schichten in Nachbarschaften, Gewaltpräventionsprojekte, Sportangebote, Verfügungsfonds zur schnellen, direkten Realisierung von Bewohneraktionen).
- Handlungsfeld 6 (Soziale und kulturelle Netzwerke/Förderung von Eigeninitiative und Selbstorganisation):
Kulturelle und künstlerische Veranstaltungen und Projekte, die sich z. B. mit einem Stadtteilthema befassen, das soziale Netzwerk stärken (z. B. Stadtteilzeitung, Jugendkulturprojekte, Theaterprojekte) und die Auseinandersetzung mit der eigenen Situation und dem Lebensumfeld fördern.

Entsprechend ergibt sich folgende Verteilung bei den bewilligten Anträgen:

Bewilligte Anträge nach Handlungsfeldern (Stand: 30. Juni 2002)
Angaben in Tausend €

	Anzahl	Gesamt- kosten	Grund- finanzierung	Zuschuss
Wohnungsbestand und Neubau (1)	22	1.109	550	559
Städtebau (2)	117	8.484	5.505	2.979
Wirtschaftliche Effekte und regionale Ökonomie (3)	1	35	18	17
Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung (4)	65	2.814	2.121	693
Gemeinwesenbezogene Prävention und Integration (5)	172	5.060	3.181	1.879
Soziale und kulturelle Netzwerke (6)	67	1.119	742	377
Summe:	444	18.620	12.116	6.504



Über notwendige Modifikationen der Struktur der Handlungsfelder wird in Teil III.3 berichtet.

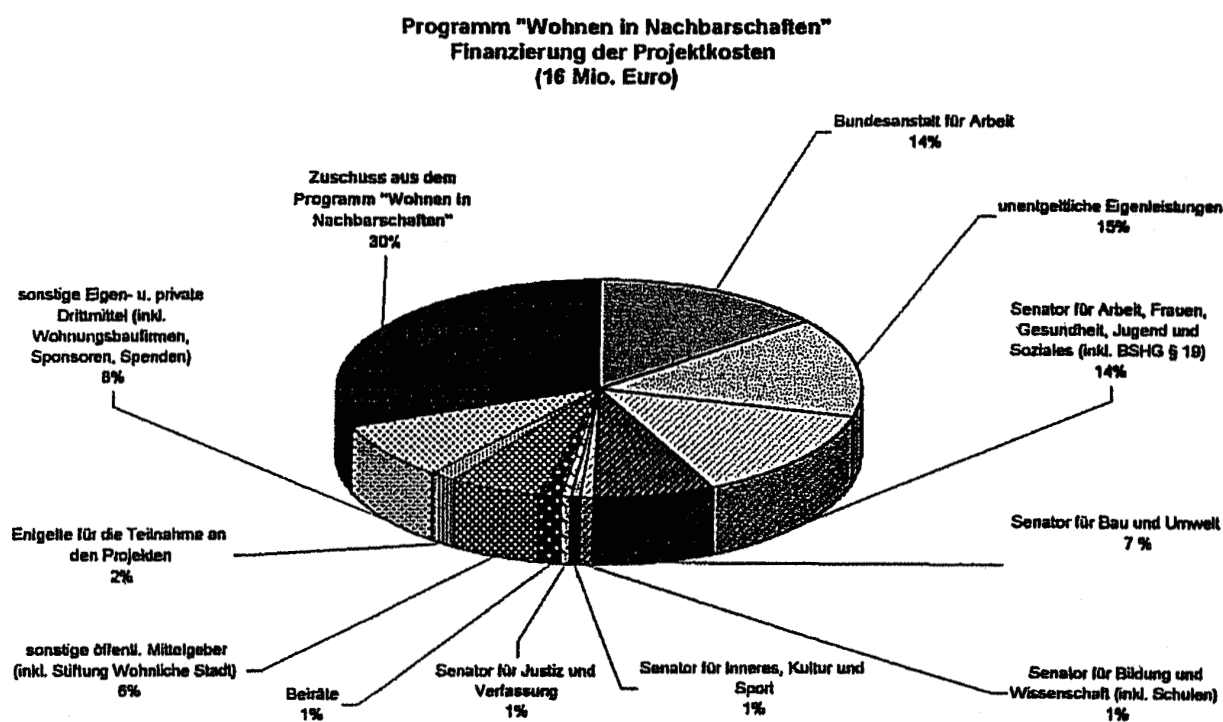
II.2.4. Mittelherkunft der Grundfinanzierung im Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“

Von den 18,6 Mio. € Gesamtkosten wurden etwa 16 Mio. € voll aus dem Programm WiN oder anteilig mit Mitteln des Programms „Soziale Stadt“ finanziert. Der Anteil der ausschließlich über das Programm „Soziale Stadt“ abgewickelten Förderung in Höhe von rd. 2,6 Mio. € soll hier unberücksichtigt bleiben, da aufgrund längerer Planungsvorläufe bei den investiven Projekten und wegen der Abhängigkeit von der ergänzenden Finanzierung durch den Bund hier noch kein aussagekräftiges Datenmaterial vorliegt.

Die Programmbilanz „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ veranschaulicht die Struktur der Mittelbündelung. Der Anteil der Förderung an den Gesamtkosten beträgt etwa 30 %. Das heißt, dass mit der Ergänzungsfinanzierung fast das 2,5-fache an Grundfinanzierung für Projekte aktiviert werden konnte. Die übrige Finanzierung wurde wesentlich durch den Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und die Bundesanstalt für Arbeit (Stellen aus den Programmen der Arbeitsverwaltung: Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen [ABM], Struktur Anpassungsmaßnahmen [SAM], und Eingliederungshilfen für ältere Menschen [EGZ]) sichergestellt, jeweils 14 %. Die unentgeltlich erbrachte Arbeitsleistung, z. B. ehrenamtliche Tätigkeiten, lieferte ebenfalls einen hohen Beitrag zur Wertschöpfung (15 %). Der Anteil dieser Zuschüsse beträgt etwa 30 % an den Gesamtkosten.

Insgesamt kann damit hinsichtlich der WiN-Programmziele von 1999 festgestellt werden, dass

- das Ziel der Mittelbündelung aus unterschiedlichen Bereichen erreicht wurde,
- das Ziel, Investitionen und sonstige Ressourcen Dritter einzubeziehen, mit einer Quote von fast 2,5 realisiert wurde.



III. Zwischenbewertung und Empfehlungen für eine Programmfortschreibung

III.0 Vorbemerkung

Die Zwischenbewertung wird von den federführenden Ressorts vorgelegt und ist mit den kooperierenden Ressorts abgestimmt. Sowohl die Betrachtungen als auch die Empfehlungen haben einen vorläufigen Charakter und bieten erste Hinweise und Schlussfolgerungen. Sie basieren auf der Beobachtung und Auswertung von 3,5 Jahren Laufzeit der Programme. Zu berücksichtigen ist dabei, dass in den Programmgebieten anfangs sehr unterschiedliche Voraussetzungen gegeben waren. So gab es in einigen Gebieten aus den Zeiten der Nachbesserung z. B. ein bereits personell ausgestattetes Lokales Management, bestehende Netzwerke und etablierte Bewohnerbeteiligungsverfahren. In anderen Gebieten konnten solche Strukturen erst langsam aufgebaut und entwickelt werden. Das erklärt, warum in den verschiedenen Gebieten durchaus unterschiedliche Stände bei der Programmrealisierung festzustellen sind.

Nach einer Phase der Programmimplementation, sowohl vor Ort als auch in der Verwaltung, werden jetzt wie aus Gebietsbeschreibungen in Teil II hervorgeht auch erste Veränderungen und Erfolge deutlich: eine deutliche Belebung der sozialen Aktivitäten im Stadtteil, eine Vielzahl von Projekten zur Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation in den Quartieren, eine organisationsübergreifende Zusam-

menarbeit. Schrittweise und in den Wohngebieten unterschiedlich hat sich die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern entwickelt; sie gehört inzwischen zum unverzichtbaren „Qualitätsmerkmal“ des WiN-Programms. Erst langsam entwickelt sich dagegen eine systematische, geplante Bearbeitung der Problemlagen der Gebiete auf Basis einer lokalen Strategie, die von allen Akteuren gemeinsam entwickelt, getragen und umgesetzt wird. Hierin wird ein Schwerpunkt der weiteren Arbeit liegen.

In der zweiten Hälfte der Programmlaufzeit soll zudem eine Evaluation der Programme durchgeführt werden, um rechtzeitig vor Auslaufen der Programme Erkenntnisse über deren Wirksamkeit zu erlangen und Hinweise auf eine gegebenenfalls notwendige Weiterentwicklung der Ziele und Strategien für eine mögliche Fortschreibung der Programme zu gewinnen.

In einem ersten Schritt werden nachfolgend wesentliche Programmbausteine einer vorläufigen Bewertung aus Sicht der federführenden und beteiligten Ressorts unterzogen. Die sich daraus ergebenden Empfehlungen sind kursiv abgesetzt; sie können z. T. direkt umgesetzt werden oder werden Gegenstand der Evaluation sein.

Die Betrachtungen sollen im Rahmen der Evaluation fortgeführt und vertieft werden. Die Fragestellungen für die Erfolgskontrolle sind im letzten Kapitel zusammengefasst worden.

III.1 Gebietsauswahl

Die Gebietsauswahl erfolgte nach den bereits genannten Kriterien, d. h. es sind Stadtgebiete mit besonderen Entwicklungs- und Erneuerungsbedarfen in die Programme aufgenommen worden.

In allen ausgewählten Gebieten liegen drei negative Ausgangslagen vor, nämlich eine problematische städtebauliche und eine erneuerungsbedürftige hochbauliche Situation sowie eine soziale Lage der Bewohner, die sich in hohen Anteilen von Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosen, Alleinerziehenden, Migranten und Aussiedlern, Kindern und Jugendlichen sowie hohen Kriminalitätsraten ausdrückt.

Die Umsetzung der Programme hat sich in den Gebieten unterschiedlich entwickelt, dies u. a. auch deshalb weil die Gebiete unterschiedliche Problemschwerpunkte und Handlungsbedarfe hatten und weiterhin haben (vgl. Mitteilung des Senats vom 8. Oktober 1998, S. 16 ff).

Zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich der Entwicklungsstand in den Gebieten in zwei Bereiche unterteilen:

- In einigen Gebieten wurde mit den Programmen WiN/Soziale Stadt und durch parallel verlaufende Maßnahmen durch die Eigentümer umfangreich saniert, sodass die städtebaulichen und baulichen Defizite erfolgreich angegangen werden konnten. Zudem konnten die sozialen und kulturellen Infrastrukturangebote in diesen Gebieten erweitert werden. Inwieweit eine durchgreifende Stabilisierung in diesen Gebieten gelungen ist bzw. bis Ende 2004 gelingt, ist der geplanten Evaluation vorbehalten zu bewerten. Vor diesem Hintergrund kann dann entschieden werden, ob diese Gebiete auch nach 2004 der Unterstützung durch ein fortzuführendes Programm bedürfen.
- In anderen Gebieten bestehen nach wie vor zum Teil gravierende Defizite in allen drei Ausgangssituationen. Die bisherigen Maßnahmen müssen daher weitergeführt und gegebenenfalls intensiviert, die Handlungsschwerpunkte und Handlungskonzepte gegebenenfalls modifiziert werden. Neben der fortzuführenden baulichen und städtebaulichen Sanierung steht in diesen Gebieten insbesondere eine differenzierte Präventions- und Integrationsarbeit im Vordergrund.

Es ist erkennbar, dass voraussichtlich einige Gebiete aus dem Programm entlassen werden können, andere aber weiterhin Förderbedarfe haben werden. Bei gesamtstädtischer Betrachtung zeichnen sich zudem andere Gebiete außerhalb des Programms ab, die ebenfalls Defizite aufweisen und für eine Förderung im Rahmen der Programme in Frage kommen.

Die Gebiete, die voraussichtlich entlassen werden können, haben sich in ihrer Sozialstruktur nicht grundlegend gewandelt. Durch WiN sind soziale Netzwerke angelegt worden, um letztlich selbsttragende Strukturen zu befördern und zu bewirken. Es ist absehbar, dass dieser Prozess nach sechs Jahren Programmlaufzeit noch nicht überall vollständig abgeschlossen sein wird, daher müssen einige Gebiete eventuell noch weiter mittels Koordination, Aktivierung und Initiierung gestützt werden, um diesem Ziel so nahe wie möglich zu kommen. Hierzu sind geeignete Konzepte mit zurückgehendem Ressourceneinsatz zu entwickeln (Phasing-out-Konzepte).

In Gebieten mit kontinuierlich hohem Förderbedarf sind die lokalen Entwicklungskonzepte zu prüfen, um weiterführende Zielperspektiven festzuschreiben und zu operationalisieren.

Für die Aufnahme neuer Gebiete müssen die Auswahlkriterien geprüft und gegebenenfalls überarbeitet werden. Auch hier sind gestufte Konzepte (Phasing-in) denkbar.

Übergreifend muss auch vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen geprüft werden, welche Anzahl von Gebieten im Programm steuerbar ist und ob die bisherige gleichmäßige Quotierung der finanziellen Ausstattung der Gebiete weiterhin sinnvoll ist.

Im Rahmen der Evaluation werden Aussagen erwartet zu:

- Aktualisierung der Auswahlkriterien für die Programmgebiete,
- Entwicklung von Phasing-out-Konzepten für aus den Programmen ausscheidende Gebiete,
- Fortschreibung von Entwicklungskonzepten für Fortsetzungsgebiete,
- Entwicklung von Zielkonzepten und Beteiligungsstrukturen für neu aufzunehmende Gebiete,
- Bedarfsgerechte Steuerung der finanziellen Ausstattung der Gebiete bei Verzicht auf eine gleichmäßige Quotierung.

Gegenstand politischer Entscheidung wird dann zum Programmschluss auf Basis der Evaluation die Festlegung der Gebiete und ihrer Mittelausstattung sein.

III.2 Gebietszuschnitte

Die Gebiete der Programme WiN und Soziale Stadt überdecken sich, sind aber nicht deckungsgleich. Bei Einführung des Programmes WiN wurde für jedes Gebiet ein Zirkelschlag (d. h. die Gebiete bestehen aus Kreisen) vorgenommen. Für das Programm Soziale Stadt war – nach den Regelungen auf Bundesebene – ein genauer Gebietsbezug mit exakter Straßenabgrenzung erforderlich. Die Gebietszuschnitte für die Soziale Stadt sind in der Regel größer als die WiN-Gebiete.

In der Praxis haben sich diese beiden unterschiedlichen Zuschnitte als schwer handhabbar erwiesen und sind programmatisch nicht mehr zu rechtfertigen, da über das Programm Soziale Stadt investive Projekte und über das Programm WiN weitgehend alle konsumtiven Projekte finanziert werden.

Empfehlungen:

- Die Gebietsabgrenzungen sollten auf Basis der Sozialen Stadt für beide Programme einheitlich gefasst werden.
- Es sollte im Rahmen der Evaluation geprüft werden, ob in bestimmten Programmgebieten eine Veränderung der Gebietszuschnitte erforderlich ist.

III.3 Handlungsfelder

Die im Programm festgelegten Handlungsfelder sind:

1. Wohnungsbestand und Neubau,
2. Städtebau,
3. wirtschaftliche Effekte und regionale Ökonomie,
4. Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung,
5. gemeinwesenbezogene Prävention und Integration,
6. soziale und kulturelle Netzwerke/Förderung von Eigeninitiative und Selbstorganisation.

Die Geschäftsstatistik weist aus, dass die Projekte sich in unterschiedlichen Größenordnungen in den Handlungsfeldern bewegen, Hauptbereiche sind die Felder 2 und 5, die Felder 4 und 6 in geringerem Umfang. Das Handlungsfeld 1 wurde im Rahmen des Programms WiN geringfügiger in Anspruch genommen. Dieses liegt darin begründet, dass die Wohnungsbaugesellschaften/Eigentümer bereits umfangreiche Maßnahmen an und in den Gebäuden sowie im Umfeld der Gebäude mit Unterstützung des Programms „Nachbesserung von Großsiedlungen“ durchgeführt haben. Das Handlungsfeld 3 hingegen ist praktisch nicht abgedeckt worden und erscheint damit im Vergleich zu den anderen unterrepräsentiert.

Die Aussagekraft der Zuordnung von Projekten zu den Handlungsfeldern ist hier generell durch zwei Aspekte gemindert:

- Viele Projekte beziehen sich aufgrund der gewollten Bündelung, Integration und Synergieeffekte auf mehrere Handlungsfelder; die eindeutige Zuordnung zu einem Handlungsfeld ist daher schwierig und gegebenenfalls nicht immer korrekt.
- Die Relevanz der Handlungsfelder ist in den zehn Projektgebieten zudem unterschiedlich.

Es werden für ein Folgeprogramm folgende Empfehlungen gegeben:

- Die Handlungsfelder sollten in einem Folgeprogramm konkreter beschrieben werden.
- Darüber hinaus sollten sowohl Einfach- als auch Mehrfachzuordnungen erfolgen, um die Gesamtwirkung von Projekten verfolgen zu können.
- Bei deutlich unterrepräsentierten Handlungsfeldern sind mit den beteiligten Ressorts verstärkt Aktivierungsstrategien zu entwickeln.

III.4 Organisation Lokale Ebene

Mit der Auflegung des Programmes WiN sind für das Quartiersmanagement der sechs Gebiete Grohner Düne, Kattenturm, Lüssum-Bockhorn, Marßel, Osterholz-Tenever und Sodenmatt/Kirchhuchting Fachkräfte des Amtes für Soziale Dienste mit der Wahrnehmung der Aufgaben beauftragt. Die Finanzierung von fünf Stellen wird vom Sozialressort übernommen, die Stelle in der Grohner Düne wird zwischenzeitlich über die Neue Heimat Hamburg refinanziert.

In Blockdiek wird die Finanzierung des Lokalen Managements über das Ressort Bau und Umwelt sichergestellt.

Die Gebiete Gröpelingen, Hemelingen und Neue Vahr konnten z. T. bis Anfang 2002 personell nicht besetzt werden und wurden in dieser Übergangszeit kommissarisch oder durch Gremien des Stadtteilbeirates begleitet.

Zwischenzeitlich ist es in diesen Gebieten gelungen, das Lokale Management zu etablieren, da die wichtige Frage der Finanzierung geklärt werden konnte. Die Mittel wurden in der Regel aus den WiN-Stadtteilbudgets genommen. Dies führt allerdings zu einer unterschiedlichen finanziellen Belastung der Gebiete.

Als Zwischenbilanz kann festgestellt werden, dass die WiN-Gebiete, die die Netzwerke der Nachbesserung in das neue Programm überführen konnten, einen einfacheren Start hatten. Die Gebiete, die erst später personell ausgestattet werden konnten, hatten erfahrungsgemäß eine längere Anlaufzeit, da die WiN-Entscheidungs- und -Ablaufstrukturen erst etabliert werden mussten.

Einer besonderen Aufmerksamkeit bedarf in diesem Zusammenhang die Betrachtung der unterschiedlichen personellen Grundausstattung der Gebiete. Insgesamt vier Gebiete (Blockdiek, Hemelingen, Gröpelingen, Neue Vahr) sind nur mit halben Stellen, die anderen sechs Gebiete dagegen mit ganzen Stellen hinterlegt.

Die Erfahrungen zeigen, dass die vielfältigen Aufgabenstellungen des Lokalen Managements, insbesondere beim Aufbau von Beteiligungsstrukturen, in der Regel nicht mit einer halben Stelle abgedeckt werden können.

Das Quartiersmanagement vor Ort kann die intendierte Stellung als Anlaufstation, Drehscheibe und Initiator von Beteiligungsprozessen nur erfolgreich und zur allgemeinen Zufriedenheit wahrnehmen, wenn die dazu erforderliche Fachkompetenz vorhanden und gewährleistet ist. Für den städtebaulichen und baulichen Handlungs- und Projektbereich ist dieses in acht Gebieten bis heute nicht abzubilden.

Lediglich in Osterholz-Tenever ist kontinuierlich mit einer halben Stelle sowie in Blockdiek mit einer halben Stelle entsprechende Fachpräsenz vor Ort.

Zielsetzung muss daher auch sein, kurzfristig eine fachkompetente Verstärkung des Quartiersmanagements für diesen Bereich aufzubauen. Da dies nicht isoliert für jedes einzelne Gebiet geschaffen werden kann, soll eine Poollösung installiert werden, die allen Gebieten gleichermaßen zur Verfügung steht und die bei Bedarf abgerufen werden kann. Die Finanzierung soll aus den Programmmitteln erfolgen.

Folgende Empfehlungen für ein Folgeprogramm werden gegeben:

- Jedes Gebiet benötigt ein Lokales Management.
- Der Umfang des Lokalen Managements soll bedarfsgerecht auf die Gebiete ausgerichtet sein.
- Es bedarf einer Verstärkung des Lokalen Managements mit stadtplanerischer/städtebaulicher Fachkompetenz, auf die entsprechend der zu entwickelnden Schwerpunktsetzungen in den Gebieten allgemein zugegriffen werden kann.

III.5 Finanzielle Ausstattung der Programmgebiete

Den zehn Programmgebieten stehen insgesamt ca. 1,5 Mio. € WiN-Ergänzungsmittel und ca. 1 Mio. € Soziale-Stadt-Mittel pro Jahr zu gleichen Anteilen zur Verfügung. Um die WiN-Ergänzungsmittel für einzelne Projekte zu erhalten ist es erforderlich, jeweils eine Grundfinanzierung in gleicher Höhe aufzubringen. Sie erfolgt durch die Ressorts oder Dritte, die für die einzelnen Projekte investive, konsumtive und personelle Mittel zur Verfügung stellen.

Im Gesamtfinanzierungsvolumen zeigt sich, dass die WiN-/Soziale-Stadt-Mittel sehr erfolgreich im Sinne einer Mittelbündelung eingesetzt werden konnten, d. h. ein Drittel Programmmittel konnten zwei Drittel Drittmittel aktivieren (vgl. Teil II). Herausragend waren dabei Mittel des Arbeitsamtes, Eigenleistungen, Mittel des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit Jugend und Soziales sowie Mittel des Senators für Bau und Umwelt.

Die Höhe des Gesamtbudgets sollte daher beibehalten werden.

Über das „WiN-Güte-Siegel-Verfahren“ wurde den Akteuren vor Ort quasi die Entscheidung über die Verwendung der Mittel übertragen. Dieses Verfahren ist auch im Sinne des sparsamen Umgehens mit öffentlichen Geldern sehr erfolgreich, da die Akteure vor Ort mit Hilfe des Lokalen Managements sich bemühen mit „ihrem“ Budget angemessen umzugehen. Dieses Verfahren sollte daher in jedem Fall beibehalten werden. Mehr Transparenz sollte in den gesamten Projektablauf und das Verwaltungsverfahren gebracht werden, um die Strukturen für alle Beteiligten zu verdeutlichen.

Empfehlung:

- Die Gebiete haben differierende Problemlagen und Problemschwerpunkte. Es ist daher im Rahmen der Evaluation zu klären, ob die Verteilung der Mittel zu gleichen Anteilen beibehalten werden soll oder ob eine Abstufung der Mittel erforderlich ist.

III.6 Förderhöchstdauer

Die Projekte können bis zu einer Dauer von vier Jahren gefördert werden. Mittlerweile handelt es sich bei ungefähr einem Drittel aller gestellten Projektanträge um Projektverlängerungsanträge bzw. leicht modifizierte Altanträge, sodass es einer Überprüfung bedarf, ob zukünftig an der bestehenden Förderhöchstdauer festgehalten werden soll. Ein Wegfall der WiN-Förderung über das vierte Jahr hinaus hätte das Aus für viele Maßnahmen, gerade im Bereich „Gemeinwesenbezogene Prävention und Integration“ zur Folge, die nicht mehr aus den jährlichen Haushalten der Ressorts finanziert werden können.

Es haben sich im Programmverlauf einige Projekte (z. B. Schichten in Nachbarschaften und Türkische Familienberatung) herausgebildet, die eine hohe Nachfrage erfahren und die nach Auffassung aller Beteiligten zu Regelangeboten gemacht werden sollten, da sie für die spezifischen Versorgungslagen einen hohen Stellenwert einnehmen.

Im Rahmen der gegebenen Förderhöchstdauer stoßen einige Projekte Ende des Jahres 2002 an die Grenzen der Förderfähigkeit durch WiN/Soziale Stadt. Abklärungen zur Übernahme dieser Projekte in die jeweiligen Ressorthaushalte haben aufgrund der Mittelbegrenzungen negative Rückmeldungen ergeben.

Empfehlung:

- Es wird vorgeschlagen, mit Kenntnisnahme dieses Berichtes durch den Senat die Förderhöchstdauer von vier Jahren grundsätzlich beizubehalten. Allerdings soll im Rahmen von Einzelfallentscheidungen die Förderdauer auf insgesamt sechs Jahre erweitert werden können.

Dabei sind folgende zusätzliche Kriterien für die Fortsetzung der Projekte nach Ablauf von vier Jahren zugrunde zu legen:

- Auswertung der bisherigen Arbeit unter Berücksichtigung der Darlegung von Effizienz und Notwendigkeit der Weiterführung.
- Darlegung der Überführung der Projekte in andere Finanzierungsgrundlagen nach Ablauf von fünf oder sechs Jahren WiN-/Soziale-Stadt-Förderung.
- Je Gebiet darf der Anteil dieser Projekte am Gesamtetat des Gebietes 25 % nicht überschreiten.
- Das jährliche WiN-Güte-Siegel bleibt weiterhin erforderlich.
- Nach Ablauf der Programmlaufzeit ist die Ausgestaltung der Förderhöchstdauer erneut zu prüfen.

III.7 Personalkapazität auf Ressortebene

Für die Umsetzung der Programme war eine Personalausstattung von 1,5 Stellen vorgesehen. Der zur Wahrnehmung der unterschiedlichen Aufgabenbereiche wie:

- hoher Vermittlungs- und Beratungsbedarf des Programmes vor Ort,
- verfahrenstechnische Abwicklung,
- immanente Weiterentwicklung und Auswertung,
- inhaltliche Diskussion und Abstimmung mit den beteiligten Ressorts

darüber hinaus erforderliche Zeitaufwand wird zurzeit von den federführenden Ressorts ohne zusätzliche Stellenzuweisung erbracht.

Die Ressorts Inneres, Kultur und Sport, Justiz und Verfassung, Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft und Häfen, Finanzen und die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau bringen sich zudem bei den fünf- bis sechs wöchentlich stattfindenden Beschlusssitzungen ein.

Ein weiterer Arbeitsbereich, in einigen Ressorts mit erheblichem Personaleinsatz verbunden, hat sich bei der projektbezogenen Fach- und Sachprüfung für die kooperierenden Ressorts ergeben.

Empfehlung:

- Bei einer Programmfortschreibung muss in Bezug auf die Personalkapazitäten und die Umsetzbarkeit des Programms über Prioritätensetzungen entschieden werden.

III.8 Evaluation

Die federführenden Ressorts empfehlen, ein Institut mit der Evaluation der Programme WiN und Soziale Stadt zu beauftragen. Dies wurde auch im Zusammenhang mit einer Anfrage mit dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen Anfang des Jahres so vereinbart. Das Vorhaben soll mittels quantitativer und qualitativer Erhebungsinstrumente durchgeführt werden.

Programme zu evaluieren hat zwischenzeitlich für die Städtebauförderung des Bundes insgesamt eine hohe Bedeutung erhalten und es ist davon auszugehen, dass die Ministerien und Kommunen der einzelnen Länder zunehmend mehr mit Evaluierungsanforderungen konfrontiert werden.

Die Fachkommission Städtebau hat sich aktuell dazu einen Überblick über Evaluierungsanforderungen in Bund und Ländern verschafft und dem Ausschuss für Bauwesen und Städtebau einen Zwischenbericht über die Evaluierung von Prozessen und Programmen der Stadtentwicklung vorgelegt. Der Ausschuss hat eine Projektgruppe „Evaluierung“ befristet bis Mitte März 2003 eingesetzt, die sich mit dem Thema insgesamt sowie mit der erforderlichen Vereinheitlichung so genannter Indikatorensets befassen wird.

Da hieraus eventuell wichtige Ergebnisse für die Evaluation der Bremer Programme WiN und Soziale Stadt abzuleiten sind, sollte eine Beauftragung eines Büros erst nach Vorliegen dieser Ergebnisse, also nicht vor Mitte 2003, erfolgen.

Bewertet werden sollen zwei Kernbereiche der Programme:

- Auswirkungen der Programme und Klärung der Zielerreichung.
- Fragestellungen zur Gestaltung und Steuerung der Programme.

1. Kernbereich – Leitziele

Um die Programmgebiete wieder an die allgemeine Entwicklung der Stadt heranzuführen, sind in der Mitteilung des Senates vom Dezember 1998 (Drucksache 14/708 S) folgende Leitziele festgelegt worden:

- Verbesserung der alltäglichen Wohn- und Lebensbedingungen in den Quartieren unter Berücksichtigung spezifischer Belange besonderer Zielgruppen,
- Engagement und Mitwirkung von Bürger/-innen an der Quartierentwicklung fördern und Entwicklung von wirksamen Beteiligungsformen,
- Zielorientierte und organisationsübergreifende Zusammenarbeit lokaler und regionaler Partner unterstützen,
- Wettbewerb von Ideen und Konzepten fördern,
- wirksamen Einsatz von Mitteln erreichen,
- Anstoß für Investitionen Dritter (Multiplikatoreffekt des Programmes) geben.

Aus Sicht der federführenden Ressorts ist weiteres immanentes Leitziel die

- Effektivität des Programmes im Hinblick auf die Entwicklung von aus sich selbst heraus tragfähigen Strukturen im Quartier.

Die Evaluation der genannten Leitziele erfordert einen unterschiedlich hohen Arbeitsaufwand mit differierendem Methodeneinsatz.

Zu Teilbereichen liegt bereits Material vor (ausgewertete Statistiken, Projekt- und Zielbewertungen von Akteuren vor Ort).

Weitere Erhebungen (z. B. mündliche Befragungen) sind erforderlich.

2. Kernbereich – Strukturelemente

Das Programm WiN hat die folgenden wesentlichen Strukturelemente:

- Ressortübergreifende Arbeitsgruppe: Steuerung des Programms, Initiierung von ressortübergreifenden Quartiersentwicklungsstrategien und -plänen.

- WiN-Güte-Siegel

Entscheidung über die Mittelvergabe durch Akteure vor Ort.

- Lokales Management
Koordination des Programmes in den Gebieten, Initiierung von Beteiligungsprozessen, Projektentwicklung vor Ort.
- Finanzielle Grundausrüstung
Anteilsgleiche Verteilung der Mittel auf die Gebiete.
- Gebiete und Gebietszuschnitte
Konzentration auf benachteiligte Quartiere.

Im Rahmen der Evaluation sollen neben den Leitzielen auch diese Strukturelemente bewertet und – unter Berücksichtigung der hier genannten Empfehlungen – Vorschläge zur Modifikation/Fortführung für beide Bereiche gemacht werden.

Hinsichtlich der Gebiete ist zu prüfen, ob welche Gebiete weiterhin und gegebenenfalls in welcher Form nach den Programmen zu fördern sind und welche Gebiete neu in die Förderprogramme aufzunehmen sind. Diese Bewertung muss auf der Grundlage einer gesamtstädtischen Betrachtung relevanter Strukturkriterien erfolgen.

III.9 Zusammenfassung der Empfehlungen für die Programmfortschreibung und die Evaluation

Gebietsauswahl:

- Aktualisierung der Auswahlkriterien für die Programmgebiete,
- Entwicklung von Phasing-out-Konzepten für aus den Programmen ausscheidende Gebiete,
- Fortschreibung von Entwicklungskonzepten für Fortsetzungsgebiete,
- Entwicklung von Zielkonzepten und Beteiligungsstrukturen für neu aufzunehmende Gebiete,
- Bedarfsgerechte Steuerung der finanziellen Ausstattung der Gebiete bei Verzicht auf eine gleichmäßige Quotierung.

Gebietszuschnitte:

- Es wird empfohlen, die Gebietsabgrenzungen auf Basis der Sozialen Stadt für beide Programme einheitlich zu fassen.
- Es sollte im Rahmen der Evaluation geprüft werden, ob in bestimmten Programmgebieten eine Veränderung der Gebietszuschnitte erforderlich ist.

Handlungsfelder:

- Die Handlungsfelder sollten in einem Folgeprogramm konkreter beschrieben werden.
- Darüber hinaus sollten sowohl Einfach- als auch Mehrfachzuordnungen erfolgen, um die Gesamtwirkung von Projekten verfolgen zu können.
- Bei deutlich unterrepräsentierten Handlungsfeldern sind mit den beteiligten Ressorts verstärkt Aktivierungsstrategien zu entwickeln.

Organisation Lokale Ebene:

- Jedes Gebiet benötigt ein Lokales Management.
- Der Umfang des Lokalen Managements soll bedarfsgerecht auf die Gebiete ausgerichtet sein.
- Es bedarf einer Verstärkung des Lokalen Managements mit stadtplanerischer/städtebaulicher Fachkompetenz, auf die entsprechend der zu entwickelnden Schwerpunktsetzungen in den Gebieten allgemein zugegriffen werden kann.

Finanzielle Ausstattung der Programmgebiete:

- Die Gebiete haben differierende Problemlagen und Problemschwerpunkte. Es ist daher im Rahmen der Evaluation zu klären, ob die Verteilung der Mittel zu gleichen Anteilen beibehalten werden soll oder ob eine Abstufung der Mittel erforderlich ist.

Förderhöchstdauer:

- Es wird vorgeschlagen, die Förderhöchstdauer von vier Jahren grundsätzlich beizubehalten. Allerdings soll im Rahmen von Einzelfallentscheidungen die Förderdauer auf insgesamt sechs Jahre erweitert werden können.

Personalkapazität auf Ressortebene:

- Bei einer Programmfortschreibung muss in Bezug auf die Personalkapazitäten und die Umsetzbarkeit des Programms über Prioritätensetzungen entschieden werden.